

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlich 192.—

Rücklieferung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 11 Uhr.

Die Kleinen sollen nicht kritisieren! Paris mit Benes und Marinkovic nicht ganz zufrieden.

Paris, 20. Mai. Die Pariser Presse spricht ihre lebhafteste Beifriedigung über den gestrigen Verlauf der Debatten und über die Beschlüsse in Genf aus. Die Kundgebungen Dr. Benes' und Dr. Marinkovic werden durchwegs zustimmend kommentiert. Einige Ueberraschung hat der kritische Standpunkt der Außenminister Jugoslawiens und der Tschechoslowakei zu einigen Teilen des „konstruktiven französischen Planes“ hervorgerufen. „Echo de Paris“ meint zwar, daß diese Differenz beseitigt und der französische Antrag des Präferenzsystems für die landwirtschaftlichen Produkte und für Oesterreich bis zum 15. Juni angenommen werden wird, macht aber darauf aufmerksam, daß diese Angelegenheit ziemlich tiefe Ursachen habe, die nicht übersehen werden dürfen.

Frankreichs Dank an die Basallen.

Genf, 20. Mai. Der europäische Studienauschuss verzeichnet nach der heutigen Nachmittagsitzung ein gutes und verhältnismäßig rasches Ergebnis seiner Aktion, die auf die Schaffung des Systems eines internationalen Hypothekarkredites für Landwirte gerichtet ist. Die diesbezüglichen Empfehlungen des Unterausschusses, die

1. Einen Konventionsentwurf,
 2. den Entwurf einer Gründungsurkunde für die Errichtung einer internationalen Agrar-Kreditgesellschaft,
 3. den Entwurf der Satzungen der neuen Gesellschaft enthalten, wurden angenommen.
- Durch die Annahme, welche bis auf einige Vorbehalte einstimmig erfolgte, wird vor allem den dringenden Bedürfnissen Jugoslawiens und Rumaniens Genüge getan.
- Francois Bonnet (Frankreich) erläuterte in groben Umrissen die Grundzüge der vorgelegten Vorschläge. Die Gesellschaft tritt ins Leben, sobald der als Sondergarantie der Staaten gedachte Betrag in der Höhe von 5 Millionen Dollar erreicht ist. Die Gesellschaft wird unter besonderen staatlichen Obligationen im zehnfachen Werte des Grundkapitals ausgeben. Die Staaten — Mitglieder des Völkerbundes — werden bis September d. J. beitreten können. Die übrigen Punkte der Empfehlungen betreffen die Verpflichtungen, welche nach der fiskalischen Seite der Staat übernimmt, auf dessen Gebiet die Gesellschaft ihren Sitz haben wird, das ist die Schweiz, da Frankreich von seiner Forderung, daß der Sitz der Internationalen Gesellschaft für Agrar-Hypothekarkredit in Paris sei, zurücktrat und seine Zustimmung dazu aussprach, daß ihr Sitz in Genf sei. Die Gesellschaft wird durch Vermittlung der betreffenden Hypothekar- oder anderer Agrar-Institute in den einzelnen Ländern einen langfristigen Hypothekarkredit gewähren.

Das Strafella-Urteil bestätigt!

Dem Generaldirektor der Bundesbahnen „Unsauberkeit und Unkorrektheit“ nachgewiesen.

Wien, 20. Mai. (Eigenbericht.) Drei Tage lang hat sich der Bezirksrat mit der Ueberprüfung des Prozesses befaßt, den der derzeitige Direktor der Bundesbahnen, Strafella, gegen die „Arbeiter-Zeitung“ angestrengt hat. Das Urteil der ersten Instanz war zwar in einigen Punkten gegen die „Arbeiter-Zeitung“ ausgefallen, hatte aber ausgesprochen, daß der Wahrheitsbeweis für das „unsaubere und unkorrekte“ Verhalten des Klägers erbracht sei. Die Regierung Baugain hat bald nach dem Urteil den Strafella zum Direktor der Bundesbahnen ernannt und so das Urteil der zweiten Instanz beeinflussen wollen. Das Berufungsgericht hat aber das Urteil vollkommen bestätigt und in ausführlicher Begründung den Vorwurf der Unsauberkeit und Unkorrektheit als berechtigt erklärt. Unsauberkeit und unkorrektes Verhalten sei vor allem in den Wohnungsbau in den Häusern des Strafella und in seinen Häuserkäufen während der österreichischen und deutschen Inflation zu erblicken. Dieses Urteil richtet nicht nur Strafella, sondern auch das Regime Baugain, dem seine Ernennung zuzuschreiben war.

Auftakt für 1932:

Curtius fordert ehrliches Rüstungs-befennnis.

Genf, 20. Mai. Der Völkerbundrat hat sich heute vormittag mit dem deutschen Antrag und dem englischen Vorschlag über die Offenlegung des Rüstungsstandes als Vorbereitung zur allgemeinen Abrüstungskonferenz beschäftigt und nach längerer Aussprache beschlossen, am Freitag auf Grund eines bis dahin auszuarbeitenden Vorschlages des Berichterstatters eine Entscheidung zwischen den beiden Vorschlägen zu treffen.

Genf, 20. Mai. In der heutigen Sitzung des Völkerbundrates begründete der deutsche Außenminister Dr. Curtius den deutschen Vorschlag zur Offenlegung der Rüstungen mit folgenden Ausführungen:

„Ich kann mich auf wenige Bemerkungen zur Begründung des deutschen Vorschlages beschränken. Nachdem der Rat im Jänner d. J. beschlossen hat, die Regierungen der an der Konferenz beteiligten Staaten zur Mitteilung des Standes ihrer Rüstungen aufzufordern, hat sich der deutschen Regierung die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Angabe des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich ist, weil sonst die Antworten der einzelnen Staaten ihrem Charakter und ihrer Ausdehnung nach so stark von einander abzuweichen würden, daß ein sachgemäßer Ueberblick über den gesamten Stand der Rüstungen nicht zu gewinnen wäre. Ich glaube, daß die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Angaben über den Rüstungsstand in den verschiedenen Ländern, auf die auch die englische Regierung in ihrem Vorschlage hingewiesen hat, so eminent ist, daß ich mir weitere Darlegungen hierüber ersparen kann. Die Frage ist, was

in den einheitlichen Fragebogen aufgenommen werden soll. Nach der Meinung der deutschen Regierung müssen alle wesentlichen Rüstungsfaktoren darin enthalten sein, wenn der Zweck des Ratsbeschlusses vom Jänner d. J. erreicht werden soll. Es entspricht dies der grundsätzlichen Haltung, die der deutsche Vertreter von jeher eingenommen hat.

Die Konferenz muß jedenfalls bei ihrem Zusammentritt ein völlig umfassendes und genaues Bild des vorhandenen Rüstungsstandes haben. Ich kann es mir nicht vorstellen, wie sie ein sachgemäßes Urteil über die notwendige Herabsetzung des Kriegsmaterials bilden kann, wenn sie über die vorhandenen Stände, sei es die im Dienst befindlichen, sei es die lagernden, keine Angaben geben, ebensowenig wie ich glaube, daß die Wehrkraft, die in den Mannschaftebeständen der einzelnen Armeen verkörpert ist, sachgemäß geschätzt werden kann, ohne Berücksichtigung der gesamten Reserven.

Die englische Regierung ist auf Grund ähnlicher Erwägungen, wie sie die deutsche Regierung angestellt hat, auch ihrerseits dazu gelangt, ein einheitliches Schema für die Angaben der einzelnen Staaten einzurichten. Leider entspricht dies jedoch nach meiner Auffassung nicht den Erfordernissen der vollständigen Offenlegung der Rüstungen, weil es so wichtige Elemente, wie die eben erwähnten, unberücksichtigt läßt. Ich glaube daher, daß der deutsche Vorschlag der bessere ist, und würde es sehr begrüßen, wenn der Rat ihm den Vorzug geben würde.“

Bier Bergarbeiter erschossen.

Krakau, 20. Mai. In Jaworzno im Krakauer Kohlenrevier fanden in Verbindung mit dem Lohn-Konflikt im Bergwesen eine Konferenz zwischen den Bergarbeitergewerkschaften und den Industriellen statt, in welcher sich die Industriellen bereit erklärten, von ihrer geplanten Sprozentigen Lohnsenkung Abstand zu nehmen. Eine größere Menge von Arbeitern drang heute in die Kohlengrube „Marshall Pilsudski“ ein und verlor dort die Einrichtung zu demolieren sowie die Grube durch Außerbetriebsetzung der Wasserpumpen zu erforschen. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß mit der zum Schutz der Grube aufgestellten Polizeitruppe, die schließlich gegen die andrängenden Arbeiter eine Gewehrsalve abgab. Vier Arbeiter wurden getötet, 7 schwer verletzt, darunter auch eine Frau, die zufällig unter die Demonstranten geraten war. Von den Polizisten trugen zwei Mann Verletzungen durch Steinwürfe davon. Größere Polyzirkel, die zur Hilfe aufgefordert worden waren, griffen ein und stellten die Ordnung wieder her. Heute mittag hat sich eine behördliche Kommission zur Untersuchung der Vorfälle am Schauplatz eingefunden.

Briands verfehlter Plan.

Genf, 20. Mai. In deutschen Kreisen wird auf eine scharfe Kritik verwiesen, die heute das „Journal de Geneve“ an den Wirtschaftsplan Briands übt. Das Blatt schreibt, die französischen Pläne brächten keineswegs die von aller Welt erwartete sofortige und energische Lösung. Das Gefühl der Enttäuschung sei allgemein. Es müsse festgestellt werden, daß die französischen Pläne keineswegs den Abschluß von Kollusionen, wie sie zwischen Deutschland und Oesterreich vorgeesehen seien, überflüssig machten. Die französischen Pläne enthielten nur in Form von Versprechungen eine gewisse Erleichterung der Lage Oesterreichs und vielleicht auch die Möglichkeit, für Deutschland Kredite zu erhalten. Im großen jedoch würden hierdurch die dringenden Fragen der gegenwärtigen Lage Deutschlands in keiner Weise gelöst. Ganz Europa habe heute ein dringendes Interesse an einer möglichst schnellen Lösung dieser Frage. Die gegenwärtige Lage sei bedauerlicherweise die, daß heute alle Regierungen bestraft seien, die Krise zu lösen, jedoch dabei lediglich die Einzelinteressen ihrer Länder ver-

Zum deutschen Parteitag. Verfassungsfragen — Nachfragen.

Von Carl Severing, Preussischer Minister
des Innern.

Daß Verfassungsfragen Nachfragen sind, hat uns der Gründer der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, in seinem berühmten Berliner Vortrag über Verfassungsweisen überzeugend dargelegt. Lassalle hat gelehrt, daß die in einer Klasse, in einer Partei zusammengeschlossenen gesellschaftlichen Kräfte, wenn sie in das allgemeine Bewußtsein bringen, „ein Stück Verfassung werden und sind“. Das Lassalle damals in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung gesagt und geschrieben hat, ist auch heute noch nicht überlebt. Die realen Machtverhältnisse in der demokratischen Staatsform sind wesentlich, als die geschriebene Verfassung, die ohne die Grundlage der tatsächlichen Machtverhältnisse nur bedingten Wert für die politischen Entscheidungen hat. Die demokratische Verfassung, die republikanische parlamentarische Staatsform der Demokratie, wie wir sie in Deutschland seit dem November 1918 besitzen, gibt nur die Form und die Möglichkeit, in der die politischen Kräfte sich auswirken können.

Die letzten Jahre innerpolitischer und wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen in Deutschland haben die Richtigkeit dieser Anschauungen gerade der deutschen Arbeiterklasse anschaulich bewiesen. Die deutsche Arbeiterbewegung ist gespalten, zwei sozialistische Parteien werben in der Arbeiterschaft für ihre Ideen, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei. Ich brauche hier nicht anzuführen, in welcher Form die Kommunistische Partei den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt. Aber eines ist sicher: diese erbitterte Gegnerschaft zwischen den beiden Parteien, deren Anhängerschaft sich aus den Angehörigen der Arbeiterklasse zusammensetzt, hat es den Rückschritten aller Schichten ermöglicht, in der demokratischen Deutschen Republik ihre Macht und ihren Einfluß gerade in den letzten Jahren nicht nur auf politischem, sondern wirtschaftlichem Gebiet zu festigen und zu mehren. Solange ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft das Wort von Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ dahin interpretiert, daß es zweckmäßig sei, in eigenen Lande einander aufs bitterste zu bekämpfen, solange wird die politische Macht der Arbeiterklasse zum Schaden der Arbeiterschaft empfindliche Einbuße erleiden.

Das Wahleresultat vom 11. September 1930 ist nur möglich gewesen, weil die deutsche Arbeiterschaft gespalten ist. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die ein Vortrupp der Reaktion und der Schwerindustrie ist, konnte nur infolge der Zerrissenheit der Arbeiterschaft 6,5 Millionen Anhänger gewinnen, von denen ein Teil bestimmt zum Proletariat gehört. Es wird die dringlichste Aufgabe gerade der deutschen Sozialdemokratie sein, den deutschen Arbeitern Klarheit darüber zu verschaffen, daß diese von den Ewig-Geistigen, von Junkern und Prinzen geführte sogenannte „Arbeiter“-Partei Verrat an den Interessen der deutschen Arbeiterschaft allein schon durch ihre Existenz übt. Denn in der Tat sind die Nationalsozialisten nichts weiter als eine Kampftruppe, die alle Rückwärtler mit Zug und Recht zu ihrer Front rechnen. Und der Wahlausgang des 14. September 1930 hat in der Reaktion die Hoffnung stark werden lassen, innerhalb der demokratischen Deutschen Republik mit legalen Mitteln zu dem bei erstrebten Ziele zu gelangen: den politischen Einfluß der Sozialdemokratischen Partei als Vertretung der Arbeiterinteressen auszuschalten.

Die schwere Wirtschaftskrise, unter der neben anderen europäischen Ländern Deutschland besonders schwer leidet, trifft in ihrer vollen Wucht naturgemäß zunächst die Arbeiterklasse. Tausende Millionen Arbeitslose bedeuten eine schwere politische Schwächung der Arbeiterschaft, damit auch der

Sehe gegen Curtius.

Berlin, 20. Mai. In einem Artikel schreibt die den Rechtskreisen nahestehende DAZ, heute abend u. a.:

Der Genfer Spruch über die Kollusion mit Oesterreich wird die ernsthafte Frage auf, wie sich Deutschland zur Mitwirkung im Völkerbund in Zukunft stellen muß, und ob es noch denkbar ist, daß der deutsche Reichsaussenminister, dem Genf unter Führung des englischen Außenministers eine schwere Niederlage beigebracht hat, den Reichskanzler noch Chequers begleiten kann. Ein toller Ansturm auf Deutschland und Oesterreich hat in Genf stattgefunden. Ein Beschluß ist durch Ueberrumpelung zustande gekommen, der die mindere Berechtigung Deutschlands aller Welt klar vor Augen führt. Wir sind der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, zu überlegen, ob wir in Genf oder außerhalb Genf stärker sind. Das deutsche Volk trägt die Lasten nicht mehr, die ihm im Völkerbund verabschiedet werden. Wir halten nichts von leeren Demonstrationen, aber es muß überlegt werden, ob die offizielle Ankündigung des Austritts aus dem Völkerbund nicht ein sängerer Akt der Realpolitik sei als die weitere Duldung einer Genfer Komödie, die während einer schweren Erschütterung unseres inneren Staatsgefüges die Gutmütigkeit der Deutschen auf allzu starke Proben stellt.

Immer wieder Polen.

Dauernde Klagen gegen Polen.

Genf, 19. Mai. Dieser Tage ist den Mitgliedern des Völkerbundrates der Bericht des Völkerbundkommissärs für Danzig über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Polen und Danzig zugegangen. Der Oberkommissar geht davon aus, daß die Spannung zwischen der Danziger Bevölkerung und den Polen in den letzten Monaten stark zugenommen habe. Er macht dafür nicht nur das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung und die wirtschaftliche Depression verantwortlich, sondern auch das Verhalten Polens. Es sei der polnischen Politik nicht gelungen, sich in genügendem Maße die Unterstützung derjenigen Teile der Öffentlichkeit im Gebiete der Freien Stadt zu sichern, die entschieden für eine wirksame wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen erforderlich sei.

Zur Jugendweihe.

Das schönste Geschenk für unsere Jugendweihelinder ist das vom Reichserziehungsbeirat herausgegebene Jugendweihbüchlein, das wirklich alle unsere Bierzehnjährigen lesen sollten. Der Inhalt des Büchleins, für das Gen. Dr. Ludwig Czoch ein schwingvolles Geleitwort geschrieben hat, gliedert sich in fünf Hauptteile: Kampf um Freiheit und Brot. — Nie wieder Krieg! — Geistige Befreiung. — Ruh und Müde. — Gesundheit und Schönheit. Es werden also dem jungen Proletarier auf allen Gebieten wertvolle Anregungen gegeben. Als besonderer Vorzug ist die musterghällige Ausstattung, vor allem der reiche und hochwertige Bildschmuck zu begrüßen.

Der Reichserziehungsbeirat will dem Büchlein die weiteste Verbreitung sichern, er liefert es daher zum Selbstkostenpreis, in Leinen gebunden um K 7.50. Wir hoffen, daß die Genossen von diesem äußerst günstigen Angebot Gebrauch machen und daß bei der Jugendweihe alle unsere Bierzehnjährigen ihr Buch erhalten werden.

Bestellst sofort!

Sozialdemokratischen Partei. In einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise kann die Arbeiterschaft nicht ungenutzt größere, entscheidende wirtschaftliche Kämpfe führen, bleibt sie in ihrem Handeln und in ihren Entscheidungen nicht unberührt vom Druck der Wirtschaftsnöte. Diese Erkenntnis hat die Politik der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Monaten bestimmt. Man kann nicht um die Macht ringen, wenn die Kampfkraft geschwächt ist. Jetzt gilt es, die erzwungenen sozialen und politischen Positionen zu verteidigen, mit aller Kraft dahin zu arbeiten, daß die Folgen der Wirtschaftsnöte nicht allein auf den Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen werden.

Aber wenn auch die Gegenwart ernst und trübe erscheint, so ist gerade für die deutsche Sozialdemokratie kein Grund zur Verzweiflung. Nichts beweist mehr die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems als diese Wirtschaftskrise, die ja nicht nur Deutschland, sondern auch England, Amerika, Italien und Frankreich heim sucht. Nur der Sozialismus, nur eine organisierte und planvolle Wirtschaft wird solche schweren Heimtuchungen vermeiden können. Die Zukunft gehört uns und unseren Zielen! Diese Gewißheit läßt die organisierte deutsche Arbeiterschaft auch die politischen und wirtschaftlichen Lasten dieser Zeit der Abwehr und der Verteidigung ertragen. Die politische deutsche Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren manche Gefahr und Not überstanden. Sie ist allen Segnern zum Trotz von ihrem Wege nicht abgewichen, hat unbeirrt an ihren Zielen festgehalten, an dem Kampf für die Demokratie im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Zukunft. So tragen wir auch weiter in uns das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse unüberwindlich ist, wenn sie klar in ihren Zielen, einzig in ihrem Handeln zusammensteht.

Rasse oder Klasse.

Einiges über das Rassenproblem.

Von Desider Forst (München).

II.

Die faschistische Demagogie Mussolinis ist also unendlich folgerichtiger als die hitlerische.

Mussolini spricht nirgends von der Rasse, nicht einmal von dem Volk, immer nur von der Nation. Sein Mythos — denn er, der Sorcel-Schüler, nicht der Hitler-Zochverstandige, hat zuerst den „Mythos“ in der politischen Taktik gebraucht — Mussolinis Mythos ist die Nation. Nach der „Carta del Lavoro“ sei die italienische Nation ein Lebenszusammenhang, dessen Zweck, Zweck, Mittel denen der Einzelnen oder Verbände an Macht wie an Dauer überlegen sei; die Nation bilde jene „sittliche, politische und wirtschaftliche Einheit“, die sich vollkommen im faschistischen Staate verwirklicht.

Dementsprechend ist die Carta del Lavoro und der korporative Staat, der den Klassenkampf durch diktatorische Gewalt aufzuheben und auf das nationale Einverständnis („nationale Hervorbringung der Güter“) zwischen Arbeitern und Eigentümern der Arbeitsmittel die nationale Einheit zu errichten sucht, wenigstens eine logisch folgerichtige Unternehmung.

Hat aber auch die Carta del Lavoro, die von Faschisten als die größte Tat des Duce und des „Mussolinischen Staates“ („Lo Stato Mussoliniano“) wird in einem Sammelwerk das heutige Italien genannt) gepriesen wird, Daseinsberechtigung und Zukunft?

Nicht in der Richtung, insofern sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung, daß alle inneren Zusammengehörigkeiten — auch die nationale Einheit — aufgelöst und die Einzelnen und ihre Verbände nach ihrer Stellung im Verteilungssystem, das heißt danach organisiert werden, ob sie besitzlose Arbeiter oder besitzende Nutznießer der gesellschaftlichen Produktion seien?

Ist allen Mussolinischen Phrasen zum Trotz nicht dies, die immer drohende Klassenspaltung die „jüdische Wirklichkeit“ des geschichtlichen Wandens?

Wir wissen, daß die Mussolinische „Carta del Lavoro“ eigentlich der Gegenpol des Marxismus „Kapital“ sein wollte: Es sei nicht wahr, daß die Klassengesellschaft und der Klassenkampf notwendigerweise und unaufhaltsam alle gesellschaftliche Einheit — diese Urwesenheit aller Gemeinschaften — zerstört. Es sei eine Lüge, daß solange die Produktionsmittel in der Hand einer privilegierten Klasse sind, nur die Nation der Besitzlosen der der Besitzenden gegenübersteht. Es sei dagegen wahr, daß die Produktion im Dienste eines Zieles und Ideals; die nationale Hervorbringung der Güter“ möglich sei auch ohne umwälzende Verteilungsänderung (und daß ist es, wo die Wege scheitern), wenn nur die Staatsgewalt einer selbst- und zielbewußten Elite zur Verfügung steht — Auserwählten, die nicht der einen oder der anderen Klasse, sondern der nationalen Einheit dienen wollen.

Wir wissen jetzt auch (und wir Marxisten waren davon schon im voraus überzeugt), daß auch die Carta del Lavoro eine Utopie: daß der Faschismus — abgesehen von seinen rein kapitalistischen und arbeit-

feindlichen Tendenzen — auch in seinen grundsätzlichen Wollen: im Versuch der Aufhebung der Klassenspaltung im Dienste der nationalen Einheit gescheitert ist.

Die jüdische Wirklichkeit zeigt in Italien ein anderes Bild, als die schönen Phrasen der Carta del Lavoro von der nationalen Einheit. Sie zeigt ein Italien, wo die Arbeiterlöhne niedriger sind als in dem armen Österreich, in diesem verarmten und lebensunfähigen Staatsgebilde; sie zeigt ein Volk, dessen Klassenspaltung durch die Mussolinische Staatsgewalt vorwiegend vertieft wurde, wo die feindliche Gegenüberstellung der Klassen feudale Formen annahm; wo die Klassengegenseitigkeit nur durch einen gemeinsamen Haß gegen die Faschisten und ihren Duce überflügelt wird.

Also: Rasse oder Klasse?

Wir haben gesehen, daß die hitlerisch-völkische „Rasse“ eine inhaltslose, nur in den Dienst bodenlosen Hoffes gestellte Phrase ist; daß heute von einer rassischen Einheit zu sprechen (oder nur eine solche zu wünschen) eine Vergewaltigung der Tatsachen — dieser Grundlage aller Wissenschaft und aller wissenschaftlich geregelten Zielbestrebung — bedeutet. Denn namhafte Vertreter der Rassenforschung sind einig darin, daß ein Volk rassisch-biologisch umso höher steht, je größere Variationsmöglichkeiten der rassisch-bedingten individuellen Fähigkeiten es aufweist. Dies Volk — dies „Rassenmischmasch“ erhebt sich dann zu einer neuen, kulturellen Einheit, zur Nation, wenn auch die Arbeitenden imstande sind, an der nationalen Kultur teilzunehmen.

Wir haben andererseits aber auch gesehen, daß auch die Nation mehr nur eine Abstraktion, eine Sehnsucht bleibt, solange eine privilegierte Schicht der Klassengesellschaft die Trägerin der nationalen Kultur ist und Privilegierte auch im Kulturbetrieb kultlos-Arbeitender gegenübersteht.

Wir haben gesehen, daß der Klassenkampf — dieser Kampf der aufstrebenden Klasse für eine höher stehende Gesellschaftsordnung und menschenwürdigeres Leben — zugleich einen Kampf für mehr Kultur, für die heute einzig mögliche Einheitslichkeit im Denken und Handeln bedeutet, — einen Kampf, der durch die Staatsgewalt nicht aus dem Wege zu schaffen, nur mit ihrer Hilfe in zivilisierteren Formen auszutragen ist.

Wir hoffen, daß die Antwort auf die Frage: Rasse oder Klasse? nach dem hier Angelegten kaum einem Zweifel mehr unterliegt.

*) Die Anthropologie beweist unüberdächtig — schreibt Prof. Dr. Fetz-Halle — daß alle Nationen eine Mischung verschiedener Rassen darstellen, ja man kann behaupten, daß gerade die kulturbereichsten Nationen am meisten gemischt sind.“ (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Heft 1931.) Auch im weiteren sehr lehrreich für raschenmässig benutzte Köpfe: „In jüngster Zeit ist Deutschland der Hauptort der Rassenphrasen geworden. Aber wenn die Zugehörigkeit zur deutschen Nation allen abgesprochen würde, die nicht ausgesprochen germanische Rassenmerkmale aufweisen, so würde ein solcher Nationsbegriff die deutsche Nation drüger bestimmen als zehn Weltkriege und Versailles Diktate vermöchten.“ (S. 5-6)

Alerikale Freiheit.

Sie möchten die Altpensionisten aufheben!

Unter dem Titel „Sozialisten und das Elend der Altpensionisten“ schreibt die „Deutsche Presse“ (Madr.-Hartings) über eine Verflammung in Reutlingen:

„Sekretär der christlichen Gewerkschaften Heilbrunn besprach ausführlich den Verdegang des Altpensionistengesetzes und die Taktik über die Durchführung desselben durch die derzeitige Regierung. Er verwies auf die viel gebrauchten Schlagworte der Sozialisten vor den Wahlen und ihre jetzige Arbeit seit dem sie Regierungspartei geworden sind. Die verblendeten Wähler folgten den sozialistischen Phrasen, gaben den Sozialisten ihre Stimme. Die Sozialisten sind heute an der Macht und die breite Masse des arbeitenden Volkes, darunter auch die Altpensionisten, leiden bittere Not. Wo bleiben die Demonstrationssammlungen auf den Stadtplätzen der Sozialisten gegen die Brautsteuer, gegen den Wucher, gegen den Militarismus? Die Sozialisten haben jetzt ihre Maske gezeigt, wie ehrlich sie es mit dem Volke meinen. Die Arbeiterschaft und auch die Pensionisten werden ihnen bei den kommenden Wahlen die richtige Antwort geben. Die verammelten Altpensionisten u. Pensionistinnen richten an ihre parlamentarischen Vertreter die Bitte, sich ihrer anzuschließen und der derzeitigen Regierung mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten, um endlich die Rechte der Armen zur Geltung zu bringen, damit endlich die Durchführung des Altpensionistengesetzes erfolgt. Die Altpensionisten und Pensionistinnen sind nicht mehr bereit, sich mit Worten befriedigen zu lassen, sondern verlangen, daß mit vollem Ernste an die Regelung geschritten wird, bevor sich die Erbitterung noch mehr steigert.“

Eine nette Mai-Andacht muß das gewesen sein! Thema der Predigt: Das achte Gebot: „Du sollst nicht lügen.“ und seine praktische Anwendung in der christlich-sozialen Politik. Da hat diese Partei volle drei Jahre der Regierungsmehrheit angehört, ohne den Altpensionisten zu helfen, hat das Gesetz von 1926 mitgeschloffen, das die Altpensionisten enteignet, hat in der Zeit der Konjunktur und der Massenüberschüsse war den Besitzenden Millionen an Steuern geschenkt, aber für die alten Staatsdiener nichts übrig gehabt — und jetzt kommt sie daher und wirft sich zum Anwalt der Pensionisten auf!

Inzwischen sind die Sozialisten in die Regierung eingetreten; sie haben trotz Krise und Finanznot als eines ihrer ersten Gesetze die Gleichstellung der Altpensionisten durchgesetzt, haben den Alten gegeben, was die Kapitalisten ihnen jahrelang verweigerten. Die aber wagen es, die alten Leute aufzuheben und ihnen die Kommode noch einmal vorzuspielen, gibt es wirklich Trottel, die den schamlosen Demagogen auf den Leim gehen? Sie wären zu bedauern, denn der „schärfste Kampf“ gegen die derzeitige Regierung könnte ihnen höchstens eines bringen, die neuerliche Kürzung ihrer Ruhegehälter und keinesfalls deren Erhöhung über das Maß hinaus, auf das sie die gegenwärtige Koalition erhöht hat. So unangenehm manchen Ruhestandlern die stoßweise Durchführung des Gleichstellungsgesetzes sein mag, so war das doch der einzige Weg, ihnen überhaupt zu helfen. In der Zeit der Konjunktur, zugleich mit der Gehaltsregelung der übrigen Beamten hätte man ihnen natürlicher leichter Hand mehr geben können. Aber damals sahen doch die Christlich-Sozialen in der Regierung, von denen für die Armen nie mehr als eine Bettelnappe zu haben war und die nur ein soziales Interesse kennen: die Kongrua!

Hinter englischem Staheldraht.

Von August Wostupatsch.

Neudruck verboten. Alle Rechte vorbehalten. Am Rande der Kimm blättert weißes Gewöl. Die Rheide ist leer; wo mögen die britischen Schiffe kreuzen?

Unsere Rufe werden von den Hamburgern nicht beachtet. Die Klopfen aufgehoben an einigen Stellen Rost und wir werden ihnen diese Beschäftigung. Die sind bis Kriegsende gut aufgehoben.

„Was machen wir? An Bord bleiben, vielleicht den Rosten gar nach England bringen?“ „Die müssen doch Platz für uns, auf irgend einem Schiffe haben“ und drei von uns fahren im Boot des Fruchtverkäufers, der den ganzen Tag immer in der Nähe gondelt, an Land, mit einer genau bestimmten Marschroute.

Aber feste auftreten; einfach sagen, wir wollen nicht länger an Bord bleiben; wir sind Deutsche und gehören auf den deutschen Boot.“

Im totensternen Zuwartens, das nur durch festen Meinungsaustrausch unterbrochen wird, hungern wir auf dem Borddeck herum; es leidet uns nicht lange auf einem Platz. Wenn wir wenigstens „Musik“ in den Taschen hätten, aber so sind wir alle stier, wie ein ausgebräuter Opferstod.

„Sie kommen!“ Ob noch der Eric den Fuß auf die herabhängende Strickleiter legt, beginnt das Fragen.

„Also wir sind ja nichts Brianderes, nur Schmirer und Heizer. Man hat für uns weder Platz noch Geld; die hier liegenden Schiffe übernehmen uns nicht. Der Konsul erklärt, wir sollen nur ruhig an Bord bleiben, da hätten wir unser regelmäßiges Essen; wir müssen uns eben in England internieren lassen, er kann uns auf keinen Fall helfen.“

„Was? — Wir sollen arbeiten? — Auf einem englischen Dampfer?“

„Haben wir auch gesagt, aber der Konsul meine, durch unser Verhalten ändert sich nichts an der Kriegslage und zum Schluß wären wir bald herausgeworfen worden.“

Unser nach Laten düstendster Patriotismus ist empfindlich gedämpft. Zehnfachig guden wir nach den „Austral- und Wormanndampfern“, nach dem dort über See liegenden grünen Gehölz. Unsere Pläne von der Errichtung einer Kanarienzucht, von der Gründung eines Exportgeschäfts im Großen, sind, ehe sie noch begonnen, zu Ende. Heizer und Schmirer; von dieser Sorte Menschen hat das liebe Vaterland genug. Die ändern Nachrichten, „Fall von Lüttich“, „Schlacht bei Mons“ usw. schaffen keine Begeisterung mehr und restlos fertigen wir in der Kajüte des Quartiermeisters den neuen Vertrag.

Der deutsche Hilfskreuzer „Kaiser Wilhelm der Große“ im Rio del Oro von dem englischen Kreuzer in Grund geschossen. Unsere Bordbatterien können das selbstgefällige Grinsen nicht Unterdrücken.

Um die schmale Landzunge dampft die „Walhalla“. Ein Teil der Brücke, eines der Rettungsboote sind durch Granaten zerstört, die Mannschaft noch immer mit der Ausbesserung und mit dem Wegschaffen der Trümmer beschäftigt. In langsamer Fahrt dampft der Rosten an uns vorbei; schlaff hängen in der stimmenden Mittagshitze die reichsdeutschen Farben mit dem eisernen Kreuz am Heck.

Nach einer kurzen Kreuzerfahrt im Atlantik ging dem „Kaiser Wilhelm“ die Puste aus. Er hoffte bestimmt, seine leeren Bunker aus den Borräten der im Hafen liegenden Schiffe aufzufüllen und da der Hamburger erst einige Tage unterwegs war, seine Bunker noch mit guter englischer Kohle vollgepfropft waren, wurde er beauftragt, seinen nun aufgelassenen Brennstoff abzugeben.

„Wilhelm der Große“ lag vor beiden Anfern in dem schmalen Fluß und gerade wollte er aus dem Vorrat der „Walhalla“ aufbunkern, als ihn der Engländer überaschte. Seine Bordgeschütze konnte er od der Manövrierunfähigkeit nicht voll zur Geltung bringen, — sie taten dem Engländer wenig Schaden und der benützte den ehemaligen Windhund des „Lloyd“ als Zielscheibe, die man jäh genug verdrängte.

Nun brauchten die von Kapitän kommend u Dampfer nicht mehr mit abgeblendeten Lichtern und dichtgedecktem Maschinenraum fahren und schon in der nächsten Nacht wurde die „Elisabethville“ jeklar gemacht.

Ueber dem Gipfel des „Pico del Pico“ liegt der Reflex der flammenden Note, die im Osten den neuen Tag kündigt. In langsamer Fahrt gewinnen wir die Rheide und dann beginnen die Wolken wieder mit voller Kraft auf- und abzutanzten. Ebe die Sonne noch zur Ganze am Himmel, ist von der Insel nichts mehr zu sehen.

Die Behandlung ist nett, nur Dr. Gormoay debattiert nicht mehr; schweigsam marschiert er im Maschinenraum die vier Stunden auf und ab, hat auf keine Frage mehr eine Antwort.

Arbeitsgasse und Traversen; — ein paar aus dem Wasser ragende Mastspitzen; hart in der Nähe der schügenden Klüfte liegt eine Reihe von Dampfern; unter ihnen sind solche, die aber die ganze Seitenwand ihre Landesfarben aufgemalt haben.

Ueber das herabgelassene Jolkrep steigt der Vork; logy ist kein Gruß und lässig berührt seine Rechte den Rügenrand. Mürrisch knurrt er nach dem Kapitän: „Are Germans on Board?“ Nach Bejahung beginnt ein Schimpfen und Fluchen, gepickt mit Verwünschungen. Eine Stunde später werden wir vom Bootsmann verständigt, daß man uns noch Kohle von Bord holen wird. „Der Rost, aber die Kohlen, hatten ihre Schuldigkeit getan“ ...

Grün ist der Himmel, die Flut des „Mersey“ von lehmiger Farbe. Zwischen grünen Bäumen stehen kleine, stöckige Häuser, dann kommen Fabriken und hinter ihnen dehnt sich eine graublaue Turmhaube, die die nahende Großstadt ohnen läßt. Flügeln und Signale gehen hoch, „Birdenhead.“ Ein anderer Lotse und vor uns zwei Schlepper, aus deren kurzen Schornsteinen es unaufhörlich qualmt.

Ein großer roter Schein; Eisengeherten mit vielen Schloten, die zwischen den Häusern aufragen. Durch die schon abendliche Dämmerung sprühen weißglühende Funken, rotlichte Kugeln tanzen auf den Spitzen der Schornsteine. Schwarzer, langsam hervorquellender Rauch drängt sie zur Seite und nach Augenblicken tanzen sie wieder weiter, wechseln immerfort.

Im „Princef Dod“ liegen wir um Mitternacht endlich fest vertaut.

Die Fogel sind leer. Unsere Kleiderbüden und Soejade stehen an Deck und all unser Fluchen ruft nur ein mitleidiges Schöln hervor. Wir wollen unser Geld, die Auszahlung des uns rechtlich zustehenden Betrages. Doch der Käpten ist irgendwo, nur nicht an Bord, und der Quartiermeister juckt die Kehle, meint zu essen würden wir schon bekommen.

Unien am Kai stehen zwei Autos. Im elektrischen Bogentlicht ein Duhend riesig groh schmeende Polizisten, und mit der geschulterten Riste oder Feuzsack, schaukeln wir die Laufplanke herab und werden in den langen Autos, sie haben Jellenabteilungen, verfracht.

Im engen, fensterlosen Käfig ein fast lautloses Dahingleiten. In einem dreieckigen Houskur, der durch ein hohes Gitter abgeschlossen ist, wird eine oberflächliche Untersuchung vorgenommen. Nur die starken, hinten am Gesenriemen hängenden Messer, nimmt man uns ab; alles andere stecken wir wieder ein.

(Fortsetzung folgt.)

Die Anleihe im Parlament aufgelegt.

Prag, 20. Mai. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Vorlage über die neue Anleihe mit 247 Stimmen angenommen und mit 247 Stimmen dem Budgetausschuss zugewiesen; sie wird bereits morgen im verkürzten Verfahren im Plenum in Beratung gezogen werden. Die ganze Vorlage besteht aus vier Paragraphen, die folgenden Wortlaut haben:

§ 1.

Der Finanzminister wird ermächtigt, eine Anleihe bis zur Höhe von 1.688.000.000 K. Nominal auszugeben. Insofern die Anleihe in fremden Währungen aufgenommen wird, ist für die Festlegung der Grenze dieser Ermächtigung die Goldparität nach dem geltenden Wechselkurs maßgebend.

Der Erlös der nach diesem Gesetze aufgenommenen Anleihe wird zur Begleichung der vor dem Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieses Gesetzes und gegen höheren Zinsfuß als diese Anleihe aufgenommenen Staatsschulden verwendet.

§ 2.

Das Kapital und die Zinsen der nach diesem Gesetze aufgenommenen Anleihe werden ohne Abzug irgendwelcher, ob gegenwärtiger oder zukünftiger schwebelastischer Steuern und Gebühren ausbezahlt.

Die Schuldverschreibungen dieser Anleihe sind zur Auflegung von Baifangeln geeignet.

§ 3.

Der Finanzminister wird ermächtigt, die Verzinsung und Amortisierung der nach diesem Gesetze aufgenommenen Anleihe durch bestimmte Staatseinnahmen sicherzustellen.

§ 4.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Mit der Durchführung desselben wird der Finanzminister betraut.

Zur Motivberichterstattung wird angeführt, daß namentlich der französische Geldmarkt gegenwärtig eine außerordentliche Mobilität aufweise. Die Finanzverwaltung gedenke diese günstige Situation zum Abschluß einer Anleihe auszunutzen, die sie zur Bezahlung der achtprozentigen Anleiheausleihe aus den Jahren 1922 und 1924 zu bestrafen gedenke. Zur Bezahlung dieser Anleihe, die frühestens zum 1. Mai 1932 erfolgen kann, werden etwa 47 Millionen Dollar notwendig sein. Mit Rücksicht auf den niedrigeren Kursfußsatz ist dazu ein Nominalbetrag der neuen Anleihe von 50 Millionen Dollar erforderlich, d. h. rund 1.688 Millionen Kronen. Die Anleihe ist wie die übrigen Staatsanleihen steuerfrei. Der Zinsdienst wird, wie es bei solchen Anleihen üblich ist, durch bestimmte Staatseinnahmen, jedenfalls durch das Tabakmonopol, garantiert werden.

Die Anleihe soll fünfzehnjährig sein, zum Kurs von 95 emittiert und innerhalb von 25 Jahren amortisiert werden. Die Amortisierung erfolgt zur Hälfte durch Auslösung als pari, die andere Hälfte durch die Regierung von Markt auslaufen. Nach fünf Jahren kann die Anleihe ganz oder zum Teil zum Nominal zurückgezahlt werden. Die Zinsen lauten auf französische Franken und auf das entsprechende Äquivalent in K. S. Franken, Dollarn, Schweizer Franken, holländischen Gulden und schwedischen Kronen. Die effektive Verzinsung stellt sich auf 6,5 Prozent. Durch die Konvertierung werden jährlich etwa 21 Millionen Kronen erspart. Die sämtlichen Bedingungen der Anleihe seien ein Zeichen, wie weit die Konsolidierung unserer finanziellen Finanzwirtschaft fortgeschritten sei und welches Vertrauen sie im Ausland genieße.

Das Plenum lehnte die Debatte über die Verstaatlichung der drei Privatbahnen fort, wozu aber Redner sprachen. Da anscheinend keine Präsenz vorhanden war, wurde die Abstimmung vertagt und die Sitzung nach zweistündiger Dauer geschlossen.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 10 Uhr früh. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Anleihe.

Senat.

Keine Vorlagen. — Kampfentscheidung über die Arbeitsgerichte.

Prag, 20. Mai 1931. Der Senat hielt heute nachmittags eine kurze Sitzung ab, die sich infolge des am Nachmittag stattgefundenen Begräbnisses des nationaldemokratischen Senatspräsidenten Dohy um zwei Stunden verzögerte. Präsident Soukup hielt nach Eröffnung der Sitzung dem Vorsitzenden einen herzlichen Nachruf, dem Vorsitzenden einen herzlichen Nachruf, worauf lediglich Immunitätsangelegenheiten behandelt wurden. Eine Immunitätsangelegenheit des ungarischen Senatspräsidenten Richter wird neuerdings an den Ausschuss zurückverwiesen werden.

Die Sitzung war hauptsächlich deshalb einberufen worden, um die beiden Regierungsvorlagen, nämlich das kleine Zuteilungsgesetz und die Pächtergesetznovelle, aufzulegen und dem Ausschuss zuweisen zu können.

Ein weiterer Regierungsvorschlag, der heute aufgelegt wurde, betrifft die zwangsweise Pensionierung von militärischen Offizieren nach Erreichung des 65. Lebensjahres, beziehungsweise nach vollendetem 70. Lebensjahre, falls die Dienstfähigkeit des betreffenden Offiziers sehr stark herabgesetzt ist, so daß durch die Interessen des Dienstes ernstlich leiden würden. Ohne Rücksicht auf eine Altersgrenze muß ein militärischer Offizier pensioniert werden, wenn er wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens nicht imstande ist, seine Dienstpflicht zu erfüllen. Entgegen den ursprünglichen Dispositionen wurde die nächste Pensionierung erst für Donnerstag, den 26. d. M., für 10 Uhr nachmittags

Konflikt in der französischen Linke. Sozialisten gegen Radikale.

Das gespannte Verhältnis, das schon seit längerer Zeit zwischen der sozialistischen und der radikalen Partei besteht, scheint sich jetzt zu einer offenen Feindschaft zu entwickeln. Katalaß hat der Anhang der Präsidentschaftswahl gegeben. Das sozialistische Parteigebäude „Populaire“ hatte in seinem Bericht über die Wahl verschiedene radikale Politiker, u. a. Daladier, Herriot und dem Generalsekretär der Partei, die Schuld an der Niederlage Briands zugeschoben, weil sie heimlich für Doumer Propaganda gemacht hätten. Daraufhin hatte zunächst Herriot einen Brief an den „Populaire“ gerichtet, in dem er diese Behauptung zurückwies und erklärte, er habe im ersten Wahlgang für Briand und im zweiten für Marraud gestimmt, obgleich ihm die erst im letzten Augenblick aufgestellte Kandidatur Briands sehr gefährlich erschienen sei, da die Linke in der Kammer nicht über die Mehrheit verfüge. Der Brief Herriots wurde im „Populaire“ zusammen mit einem Artikel Léon Blums abgedruckt, in dem der Sozialistenführer erklärte, er wolle die Angaben Herriots nicht in Zweifel ziehen, er bleibe aber trotzdem dabei, daß Herriot einen großen Anteil an der Niederlage Briands habe, weil er durch seine Kammerrede über das deutsch-österreichische Kolonialabkommen die Stimmung aufgebracht habe, die die gesamte radikale Partei auf die Kandidatur Briands hinstreben sollte. Zu gleicher Zeit hatten auch Daladier und der Generalsekretär der radikalen Partei dem „Populaire“ Besichtigungen überhand, die aber wegen zu späten Eintreffens nicht in derselben Nummer veröffentlicht werden konnten. Da sie inzwischen in der radikalen „Republique“ erschienen, erklärte der „Populaire“ am nächsten Tage in einer kurzen Note, daß ein derartiges Verhalten unzulässig sei, und daß er daher von der Veröffentlichung der Briefe Abstand nehmen müsse.

Inzwischen hat Herriot einen Brief an Léon Blum geschickt, in dem er sich gegen die Behauptung des sozialistischen Führers verteidigt, er habe mit seiner Kammerrede die Stimmung aufgebracht, die die radikale Partei auf die

anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen die beiden erwähnten agrarischen Vorlagen. In dieser Sitzung wird die neue Staatsanleihe, die inzwischen vom Parlament erledigt sein wird, vorgelegt und dem Ausschuss zugewiesen werden, ins Plenum soll die Anleihe dann schon am Mittwoch kommen.

Im verfassungsmäßigen Ausschuss des Senates wurde heute nach langen vorausgegangen Kompromißverhandlungen die Regierungsvorlage über die Arbeitsgerichte mit einigen Änderungen angenommen. Gegen die Vorlage hat sich bekanntlich eine Opposition aus Gewerbetreibenden und ortschicklichen Agrariern gebildet, die zahlreiche, wichtige Änderungen durchsetzen wollten, und die vor vierzehn Tagen die Vertagung der Abstimmung im Ausschuss durchgesetzt hatten. Bei den Verhandlungen, die das Justizministerium seit zwei Monaten mit den Parteien führt, kam ein Übereinkommen zustande, wonach man dem Wunsch dieser Opposition in einigen Punkten entgegenkam. Nur wegen der Forderung, daß alle Angestellten der Gewerbetreibenden überhaupt von der Kompetenz der Arbeitsgerichte ausgenommen sein sollten, kam es zu einer Kampfentscheidung, wobei dieser Antrag gegen die Stimmen der Gewerbetreibenden und der ortschicklichen Agrarier abgelehnt wurde. Dann wurde die ganze Vorlage angenommen.

Rechnungsabluß Böhmens genehmigt.

Prag, 20. Mai. Der Landesauschuss in Böhmen hat sich heute neuerlich mit dem Rechnungsabluß für das Jahr 1930 beschäftigt. Der Landespräsident versprach die geringsten Unzulänglichkeiten zu beheben, worauf einvernehmlich ein interner Kauderwalsch stiftet wurde, der die Beilegung der vorgebrachten Beschwerdenpunkte in deren wesentlichen Teilen anordnet. Der Landesauschuss beschloß hierauf, den Rechnungsabluß genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Agrarisch-christlicher Streit um das „Christentum“.

Die schönen Zeiten, wo Agrarier und deutsche Christlichsoziale gemeinsam im ungeliebten entlassenen Bürgerklub kapitalistisch-antifaschistische Politik treiben konnten, sind vorüber. Heute stehen sich beide Parteien als erbitterte Feinde gegenüber, was in Versammlungen und Zeitungen mitunter recht scharf zum Ausdruck kommt. In der letzten Zeit haben die Schwarzen den Grünen vorgeworfen, daß sie „antichristlich“ seien. Dagegen wehrt sich nun die landbündlerische Presse in einer etwas tomsischen Weise. Die Landbündler spielen sich nämlich als die wahren Hüter „christlicher Kultur“ auf, lesen den „Schwarzen“ gehörig die Leviten. Die „Deutsche Landpost“ vom 16. Mai schreibt unter dem Titel „Politisches Christentum“ u. a. folgendes an die Adresse der Christlichsozialen:

Wenn jemand Christlicher in der lebendigen Gegenwart leben will, dann muß er sich unsere politischen Christen anschauen. Statt, daß sie zu retten suchen, was verloren ist, und durch ihr Beispiel die Lehre Christi

Kandidatur Briands hinstreben sollte. Herriot erklärt, daß seine Rede durch keinerlei Hintergedanken bestimmt war. Er habe als Vorsitzender der radikalen Fraktion nur die Stellungnahme seiner Kollegen zu der Tagesordnung Herriots begründet, und er sei dabei logisch und objektiv geblieben und habe als aufrichtiger Parteimitglied gesprochen. Die Rede sei gegen die Urheber des Anleiheprojektes gerichtet gewesen, die nach seiner Ansicht allein für die Schwierigkeiten Briands verantwortlich sind, ferner gegen die Rückkehr der deutschen Diplomatie zu brutalen Methoden, gegen die von Franklyn-Bouillon verteidigte Bündnispolitik und gegen den deutsch-österreichischen Nationalismus, der jeden internationalen Sozialismus und jede Neuordnung zerstöre.

Während nun Léon Blum im „Populaire“ auf den letzten Brief Herriots antwortet und erklärt, daß Herriot in seiner Kammerrede gegen das deutsch-österreichische Kolonialabkommen nicht objektiv und als aufrichtiger Parteimitglied gesprochen, sondern daß er im Gegensatz zu Briand den Ernst und die Gefahren des Abkommens übertrieben und damit die Nationalisten gegen den Außenminister aufgehetzt habe, veröffentlicht die „Republique“ einen Artikel des früheren Generalsekretärs der radikalen Partei, Pfeiffer, in dem die irreführende Behauptung aufgestellt wird, Léon Blum sei für die Kandidatur Briands eingetreten, weil er im Interesse der sozialistischen Partei die Niederlage des Außenministers wünschte. Der sozialistische Führer sei sich darüber klar gewesen, daß sich die Kammerwahlen des nächsten Jahres unter dem Zeichen der Ruhrbedrohung gestalten würden. Es habe aber für diese Wahlen bisher eine Parole gefehlt, die jetzt vorhanden sei. Das Land werde im nächsten Jahre für oder gegen Briand wählen. Mit der Vorbereitung der Niederlage Briands habe Léon Blum geglaubt, die Nationalisten und die Radikalen zu schwächen und sich für die Sozialisten das Monopol des Friedens sichern zu können. Die Antwort Léon Blums auf diese dreiste Behauptung dürfe nicht lange auf sich warten lassen.

erhärten, schlagen sie sich auf die Seite der Feinde des Landvolks und trachten wie Geier darnach, aus seinem Leibe ein Stück Fleisch zu reißen. ... Glauben etwa die Christen, daß alle aus ihren Reihen schlaunweg für die Himmelfahrt reif sind? O, da könnte ich erzählen! Dutzende Fälle christlich purifiziert, aber höchst unchristlichen Geschäftsgelbes, von Frömmerei, mit der haffenberie Laster überhäuft werden, von Eitelkeit, die sich mit christlichem Abzeichen schmückt, aber eine eisenhart schwarze Seele einhüllt. ...

Der Bund der Landwirte gegen den Untertan in der christlichen Religion? Wenn das die Christen behaupten, kann man sie dabei lassen. Es steht kaum dafür, ihnen eine Beerdigung zu schicken. Wenn sie verdröben, lügen und verleumden, tun sie das ja nicht als Christen, sondern als Verehrer ihrer Dame Politik (die keine Moral kennt), um neue Anhänger für sie zu werden. Ihre Gesinnungsgenossen haben in Rußland den Kommunisten den Boden bereitet. Dort war alle Unterdrückung ringsherum mit Christentum verbunden, dort hielt man allen Geist mit christlich-galbisier Faust nieder. Die Gegenwirkung muß kommen. ...

Daß diese gepfefferte Polemik bei den schwarzen Parteimitgliedern wenig Freude hervorruft, ist klar. Im Grunde genommen, darf diese Kapitalgier um die „Seele“ des christlichen Landvolkes (besser dessen Stimmzettel), nicht sehr tragisch genommen werden. Beiden Parteien ist es um das „Christentum“ nur insoweit zu tun, als sie darin ein Mittel zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems erblicken. Wer als Sozialist sich gegen die Erziehung zu Demut, Unterwürfigkeit und Aneignung wehrt, wer nicht den Lob in Himmel, sondern schon auf Erden haben will, wird von Schwarzen und Grünen gleichermaßen gehaßt und verfolgt. Beide Parteien sind und bleiben geschworene Feinde der sozialen Fortschritts zugunsten der Arbeiterklasse.

Wieder Auslandsdelegationschwindel

Die „Internationale“ und der „Rote Vorwärts“ vom 16. Mai bringen unter dem Titel „Reine ersten Einblicke in Rußland“ einen Bericht des Auslandsdelegierten Franz Polzer, wobei in Klammern beigefügt ist (Sozialdemokrat). Diese Angabe ist eine kommunistische Fälschung.

Franz Polzer ist Gastarbeitermeister in Steinschönau, gehört aber der sozialdemokratischen Partei nicht an. Dagegen ist er Mitglied der spießbürgerlich eingestellten „Genossenschaft der glückselig arbeitenden Gewerbe“, das ihn als selbständigen Meister und damit auch als Unternehmer betrachtet. Wenn der angeblich von ihm stammende Brief mit Franz Polzer, „Sozialdemokrat“ unterzeichnet ist, so muß das als bewußter Schwindel festangesehen werden. Schon die Art, wie Polzers Delegation vorbereitet wurde, zeigte die Demagogie der Kommunisten im besten Lichte. Sie sammelten zur Aufbringung der Kosten nämlich von Hans zu Hans und Schnorren auch Sozialdemokraten, ja selbst Bürgerliche an, was der deutsch-nationale „Volksanzeiger“ ausdrücklich als höchsten Unfug bezeichnete. Polzer ist ungefähr am 20. April

An alle Abonnenten und Kolporteur!

Da nach dem Tarifvertrag der Buchdrucker am Pfingstmontag im Zeitungsgebiet nicht gearbeitet werden darf, entfällt am Dienstag, den 26. Mai, unser Blatt und erscheint die nächste Folge unseres Blattes erst wieder am Mittwoch, den 27. Mai 1931.

über Deutschland nach Rußland abgedampft. Bereits am 16. April erklärt Polzer (?), er habe feststellen können,

„daß bereits große Erfolge im Sinne des fünfjährigenplanes gemacht wurden, und daß die diesen Verleumdungen über die Sowjetunion in den kapitalistischen Ländern jeder Grundlage entbehren.“

Der gute einfache Mann, dem jeder Gesamtüberblick fehlt, scheint gehörig zu Reklamezwecken für die Kommunisten mißbraucht zu werden. — Ein als parteilos bezeichneter Arbeiter der Reinstoniger Solwanwerke namens Paul Weber, schildert in derselben Nummer etwas sehr naive die schöne Fahrt im russischen Zoolagoen, die Beförderung per Auto ins Moskauer Grandhotel, und bemerkt:

„In Moskau habe ich sofort 150 Rubel Winderlöch ausbezahlt bekommen, außer der Verpflegung mit zwei Quartier im Hotel, die nicht billig ist, da es ein Palasthotel für die Ausländer ist.“

Schlecht geht es den auf jede Art gelaperten Rußlanddelegierten also nicht! Dem russischen Arbeiter geht wohl weniger gut und auch Weber teilt mit, daß die arbeitenden Schichten alles auf Karren begeben.

Wenn sich die Kommunisten erdoffen, mit Hilfe des alten Delegationschwindels ihrer Partei auf die Beine zu stellen, werden sie sich schwer täuschen. Derlei fauler Jamboree zieht langh nicht mehr.

Ein seiner Herr und eine seine Zeitschrift!

Herr Hans Krebs fühlt sich bekanntlich als „Führer der indendeutschen Autonomiewegung“ und läßt sich im Ausland auch als Führer des Volkes aufspielen. Daß dieser Herr, dessen Vergangenheit — wie „schämen“ und wirklich nicht, immer wieder daran zu erinnern! — mit der ominösen Zentralstelle für Arbeitsvermittlung verknüpft ist, in dem Ausland, das ihn nicht kennt, groß aufgelegene Vorträge über die indendeutsche Autonomie halten darf, ist ein Kapitel für sich. Daß er sich aber auch im Inland mehr erlaubt, als ihm das Gefühl der Verantwortlichkeit für Zustand und Würde politischer Polemik einräumen konnte, beweist folgendes Beispiel. In der nationalsozialistischen Zeitschrift „Die junge Front“ schreibt Krebs wieder über Autonomie und leistet sich dabei die Behauptung:

Darum geht nun der Kampf! Das indendeutsche ist in diesem Kampf nicht geschloffen. Die Regierungsparteien von gelben und heute (Sozialdemokraten, Bund der Landwirte und Christlichsoziale) haben noch immer auf dem Staudamm der Unterwerfung unter die Tschechisierungspolitik — denn das, was heute in Prag geschieht, ist Tschechisierungspolitik wie immer — während die Nationalpartei jedes innerpolitische Ziel ablehnt. Die indendeutschen Nationalsozialisten allein „fordern“ nicht nur gelegentlich den Kampf um die Autonomie, sondern organisieren diesen Kampf in Massenungehungen und suchen ihre Front zum Angriff gegen den Proger Zentralismus zu häften.

Das ist wohl mehr als frech. Wenn Herr Krebs das in einer Versammlung sagt, kann man es als Ausfluß der reduzierten Hebertreibung entschuldigen. Wenn er es im „Tag“ niederschreibt, muß man ihm zugestehen, daß er es also an einem recht verborgenen Orte aufgeschrieben, die Unwahrheit — von der er wissen muß, daß sie eine ist! — in einer Zeitschrift niederschreiben, ist ein starkes Stück. Es nimmt an Herrn Krebs kaum Wunder. Es charakterisiert aber auch die Zeitschrift, die solchen Mitarbeiter und solchen „Argumenten“ Unterstand gewährt. So jung kann diese Front gar nicht sein, daß sie nicht wüßte, welcher Demagogie sie dient! Die Wahrheit ist aber, daß sie gar nicht jung, sondern daß sie, mag sie noch so auf ihre „Jugend“ pochen, die alte Front ist: die Front der arbeiterfeindlichen, reaktionären vor keinem Mittel zurückschreckenden Befähigter!

Ein schöner Erfolg der Labour-Party.

London, 20. Mai. (Reuter.) Bei den Ergänzungswahlen in Cymore (Grafschaft Glamorgan) wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Williams mit 1936 Stimmen gewählt. Der kommunistische Gegenkandidat erhielt 5219 Stimmen. Zu dieser Wahl waren nur zwei Kandidaten angemeldet worden, während bei der letzten Wahl in diesem Bezirk vier Kandidaten verschiedener Parteien miteinander konkurrierten, wobei der Arbeiterkandidat mit 11.096 als Sieger hervorging.

Tagesneuigkeiten

Grubenunfälle im Brüger Revier.

Brüg, 20. Mai. Im hiesigen Bergbaurevier ereigneten sich gestern wieder zwei schwere Grubenunfälle. Auf dem Grohmann-Schachte bei Eisenberg wurde der 23jährige Bergarbeiter Ferdinand Scheithauer durch herabstürzende Kohle verschüttet und so schwer verletzt, daß er heute starb. — Auf dem Bihl-Schachte bei Daan fuhr eine Förderseilbahn infolge Versagens der elektrischen Fördermaschine so heftig auf die Schachtsohle auf, daß zwei Bergarbeiter namens Kutina und Jaga Beinbrüche davontrugen.

Zugsunglück in Paris.

Paris, 20. Mai. Auf dem Ivryer Bahnhof in Paris hat sich heute kurz nach 8 Uhr früh ein Eisenbahnunglück ereignet. Der aus Montreuil einlaufende voll besetzte Personenzug wurde wenige Meter vor der Einfahrt von einer rangierenden Lokomotive mit voller Wucht angefahren. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der zweite und der dritte Wagen des Zuges eingedrückt wurden. Der sofort herbeieilenden Bahnhofspersonal und den Rettungsmannschaften gelang es, nach und nach 50 Verletzte aus den Trümmern zu bergen. Todesopfer scheint die Katastrophe nicht gefordert zu haben, doch soll der Zustand von vier Verletzten sehr ernst sein. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück auf falsche Weichenstellung zurückzuführen ist.

20 Millionen veruntrent.

Aus Rom wird gemeldet: Ein sensationeller nationaler Bankprozeß, bekannt unter dem Namen des „Rauchs der Santa Sabotiere“, wurde gestern nach 170 Gerichtssitzungen, die im Zeitraum von einundhalb Jahren abgehalten wurden, beendet. Es handelt sich um Bankbetrügereien und Veruntrentungen, die ein gewisser Marinelli begangen hatte, der während des Krieges noch einfacher Beamter des Finanzministeriums war und später in der Tschechoslowakei sehr bekannt wurde, wo er gleich nach dem Krieg mit einigen Exportfirmen in Verbindung stand. Marinelli, unterstützt von den beiden genannten Bankdirektoren Bernardino und Righioni, hand mit familiären Banker Italiens in Geschäftsbeziehungen, wobei er innerhalb weniger Jahre mehr als 20 Millionen Lire veruntrent. Dies hatte den Ruin unzähliger Kleinrenten und vieler kaufmännischer und industrieller Unternehmungen zur Folge. Trotzdem Marinelli hervorragende Verbindungen zur Seite standen, wurde er zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gleichzeitig wurde auf lebenslänglichen Verlust des Rechtes zur Ausübung eines Amtes oder Ausübung eines Geschäftes erkannt. Seine Mitschuldigen wurden zu 6 beziehungsweise 4 Jahren verurteilt.

Professor Wegener tot aufgefunden.

Berlin, 20. Mai. Wie verlautet, ist der Leiter der deutschen Grönlandexpedition Professor Alfred Wegener, dessen letzte Spuren 150 Kilometer von der sogenannten Station Eismitte kürzlich von der nach den Forschern suchenden Südpolexpedition festgestellt wurden, nunmehr tot aufgefunden worden. Die Leiche war von Eingeborenen geborgen worden, sie hatten ihr eine pietätvolle Behandlung zuteil werden lassen. Man fand den Forscher vollständig in Felle eingehüllt.

Politik und Geschäft. SPD. meldet: Chemnitz hatte in diesen Tagen eine Sensation: an den Plakatsäulen der Stadt wurde mit Riesenschrift verhandelt: „Deutsche kauft deutsche Schuhe“. Und der Verband der Schuhgeschäfts-Inhaber tobte sich im Inzeratenteil der bürgerlichen Presse in gleicher Weise aus. Der Grund zu diesem hysterischen Gesehrei? Im Zentrum der Stadt hatte der bekannte tschechische Schuh-Millionär Baza eine Filiale eröffnet. Vor dem Geschäft stauten sich die Menschen berart, daß die Sipo den Verkehr regeln mußte. Hissertungen und kreischende Weiber überboten sich in einer niederträchtigen Hebe gegen die Arbeiterschaft: „Seht nur, wie das Marxistenvolk zu dem Tischen sein Geld hinschleppt!“ Das war die Sensation der Nationalisten, die den Einbruch des tschechischen Schuhfabrikanten in den Chemnitzer Schuhwarenhandel zu einer politischen Hebe gegen Links ausnutzten. Nur vergaßen die Schreiber eines hinzu zufügen, nämlich das gar nicht nationale Geschäft, das nationale Führer bei der Errichtung der Filiale Baza gemacht haben. Das Haus, in dem Baza Verkaufsräume für seine Chemnitzer Filiale abgemietet hat, gehört dem Führer der Chemnitzer Militärvereine, und der juristische Berater jenes Hausbesitzers ist ein bekannter Rechtsanwalt und deutschnationaler Politiker. Ein lohnendes Geschäft geht eben, wie so oft, jenen patriotischen Herrschaften über alle Moral und Politik. Die Internationale der Nationalisten hat sich wieder einmal glänzend bewährt: Ein deutschnationaler Politiker, ein Kriegervereinsgeneral, Arm in Arm mit dem Ausbeuter Baza!

Auto-Unfall. Gestern nachmittags ereignete sich in der verkehrsreichsten Straße in Brüg ein schwerer Autounfall. Das Auto des Kommandanten Arno Peter fuhr, nach der Auslage des Chauffeurs infolge Versagens der Steuerung, auf den Gehsteig der Bahnhofstraße und stieß

Der dramatische Hörfehler

oder die seltsame Tragödie des Lotteriespielers Lissel.

In Berlin-Neukölln wurde der Grünframbändler Fridolin Lissel wegen Betruges und Beamteneidung zu mehreren Wochen Gefängnis verurteilt.

Fridolin Lissels Abgleiten in das Dschungelkriminalen Irrungen und Wirrungen hat einen tief menschlichen Hintergrund. Fast möchte man es unheimlich nennen, wie Fridolin Lissel, ein korrekter, etwas schläfriger und desinteressierter Bürger, durch den im Grunde belanglosen Irrtum eines Lotterielotseurs völlig aus der Bahn geschleudert wurde.

Der Grünframbändler stand eines Tages, mit sich und der Welt zufrieden, in seinem kleinen, stets etwas zu engen Laden, in dem es ständig nach Käse und Sardinen roch, als ihn der Postbote mit einer Nachricht überraschte. Die Lissel in seiner ganzen entscheidenden Wichtigkeit zuerst überhaupt nicht losen konnte. Der Brief stammte von einem Lotterielotseur, der ihm kurz und sachlich mitteilte, daß auf ein Viertellos einer Privatlotterie, das er spielte, ein Hauptgewinn in Höhe von 50.000 Mark gefallen sei. Zuerst ging Lissel wie im Traum umher und erledigte völlig teilnahmslos, gleichsam automatisch die laufenden Obliegenheiten seines Grünframbgeschäfts. Als der Abend hereinbrach, machte er einen langen Spaziergang und kam erst recht verspätet an den allabendlichen Stammtisch seines Regelvereins. Er war ungewöhnlich schweigmütig, trank sehr viel Rollen und erzählte von dem großen Glück, das ihm am Vormittag widerfahren war, niemandem auch nur ein Wort. Aber in der Nacht, die auf diesen ereignisreichen Tag folgte, hatte sich der Grünframbändler so intensiv in seinen Reichtum eingelebt, daß er für die Verwendung des Geldes schon in allen Einzelheiten Klarheit geschossen hatte. Oh, er wollte nicht alles ausgeben, aber ein wenig das Leben genießen und mal die Welt kennen lernen, heraus aus der Enge und Bedrücktheit seines jetzigen Lebens — ja, das wollte er.

Am Abend des dritten Tages nach jener fast unvorstellbaren Glückseligkeit kam eine grausam-kalte Dusch in Gestalt eines sehr höflich gehaltenen Briefes des Lotterielotseurs, in dem dieser Lissel in verbindlichen und schonenden Worten mitteilte, daß er ihm durch einen bedauerlichen Irrtum fälschlicherweise den Hauptgewinn seines Loses mitgeteilt habe. Dieses Versehen sei durch einen telephonischen Hörfehler entstanden. In Wahrheit sei Lissels Los leer ausgegangen und eine Niete; der sogenannte Gewinn fiel auf eine andere Nummer, der glückliche Besitzer war bereits benachrichtigt worden, so daß er weitere unliebsame Belästigungen in dieser Angelegenheit nicht mehr zu erwarten habe.

Selbstmitleid nahm Lissel aus Gründen, die uns nicht ganz geklärt zu sein scheinen, diese niedererschmetternde Mitteilung so gleichgültig auf, als ob sie ihn überhaupt nichts angehe. Er warf den Brief des Lotseurs mit einem Achselzucken in die Ecke und ging weiter seinem Beruf nach. Das heißt, vorerst. Denn kurze Zeit später verkaufte er seinen Grünframbladen, der ihm nun direkt unüber geworden war. Und Lissel lebte nunmehr seinem Komplex. Dieser Komplex war der daubene gegangene Gewinn beim Lotteriespiel. Denn obwohl man Lissel vor Gericht voll verantwortlich machte, so muß doch der Laie annehmen, daß mit Lissel starke psychische Veränderungen vorgegangen sind. War es nicht grotesk,

dort drei Personen, eine Frau, einen Mann und einen Knaben zu Boden. Die Frau, die 23jährige Magdalena Grünzweig, erlitt sehr schwere innere Verletzungen und mußte im Krankenhaus sofort einer Operation unterzogen werden. Der Mann und der Knabe wurden glücklicherweise nur leicht verletzt.

Prager Fremdenwerbung. Die „Prager Presse“, die teils der tschechischen Kultur, teils dem Gegenteil, nämlich Herrn Baza, dient, bringt eine Meldung über „Prags Fremdenwerbung“, aus der man ersieht, daß Prag eine fremdenfreundliche Stadt ist, die den finanziellen Wert der Fremdenverkehrspropaganda zu würdigen weiß und ihr sogar 300.000 Kronen jährlich opfert, die eben durch den Fremdenverkehr wieder hereinkommen. Dabei spielen Anzeigen in ausländischen Blättern, von denen u. a. die „Frankfurter Zeitung“ genannt wird, eine große Rolle. „Das die „Fr. Pr.“ nicht mitteilt, ist die Tatsache, daß 80 Prozent der Fremden, die nach Prag kommen, Deutsche sind, und daß dem Großteil von ihnen die Lust zum Wiederkommen schon in dem Augenblick vergeht, da sie im Hotel den provokativen Meldezettel empfangen, der nicht ein- fach tschechisch (was ja immerhin zu motivieren wäre und dem Prinzip entspräche), sondern zweisprachig, aber eben tschechisch-französisch gedruckt ist. Die meisten Deutschen stehen auf dem Standpunkt, daß sie zur Erlernung des Französischen oder zur Verbesserung französischer Sprachkenntnisse lieber Frankreich als die Tschechoslowakei aussuchen und daß sie es nicht nötig haben, sich in Prag dauernd propagieren zu lassen. Man gebe ihnen, wenn man Wert auf nationalitische Vornehmheit legt, einen tschechischen Meldezettel, aber man lasse doch die albernsten Köpfe mit dem Französisch sein, das die tschechischen Bewunderer Frankreichs selbst zum allergeringsten Teil verstehen und sprechen! Die Stadt Prag könnte sich die 200.000 Kronen ersparen und um 30.000 Fremde mehr haben, wenn sie sich den Fremden gegenüber würdig und als Kulturstadt benehmen würde.

daß der Grünframbändler den aufläuternden Brief des Lotterielotseurs völlig ignorierte und den Mann mehrfach aufforderte, ihm die angeblich gewonnene Summe einzuschicken? Nachdem der Lotseur noch einmal einen ausführlich erklärenden Brief in der bedauerlichen Affäre an Lissel geschickt hatte — natürlich in der Annahme, daß sein erstes Schreiben verloren gegangen sei — warf er nunmehr Lissels energisch fordernde Briefe einfach in den Papierkorb. Der Mann, der übrigens auch vor Gericht als Zeuge auftrat, erklärte bei seiner Vernehmung, er habe den bestimmten Eindruck gehabt, daß sich Lissel einen schlechten Scherz mit ihm erlaubt habe. Schließlich sei ihm die Sache zu bunt geworden und er habe dann die zahlreichen Cautelanbriefe des Grünframbändlers einfach ungeliefert fortgeworfen. Lissel aber ließ sich durch das Schweigen des Lotterielotseurs nicht entmutigen. Er zog in ein teures Hotel, lebte, ganz gegen seine frühere Art, auf großem Fuß und mimte den Weltstadigener. Schnell hatte er seine geringen Ersparnisse und den Erlös aus dem Grünframbgeschäft verpulvert, bald machte er Schulden. Er machte die Schulden allerdings, wie er vor Gericht ausführte, in durchaus realer Absicht, da er ja 50.000 Mark Lotteriegewinn in Reserve gehabt hätte. Einwendungen des Gerichts, daß er doch nicht mit solchen dummen Ausreden kommen solle, schob Lissel lächelnd beiseite und erklärte, für ihn sei nur der erste Brief des Lotseurs maßgebend und bindend gewesen.

Inzwischen wuchs das Schuldenkonto des aus der Bahn geworfenen Grünframbändlers. Immer, wenn die Leute mißtrauisch wurden und um Begleichung drängten, erzählte Lissel das wunderliche Märchen von den 50.000 Mark Lotteriegewinn, jenes Märchen, das beinahe Wahrheit geworden wäre. Und die Gläubiger gaben sich dann auch eine Zeitlang zufrieden. Bis sie schließlich kein Geld, sondern nur immer neue Schulden sahen. So kam, was kommen mußte. Mehrere Betrugsanzeigen liefen gegen Lissel ein, ein Haftbefehl war die notwendige Folge. Als man den Grünframbändler im Hotel festnehmen wollte, wurde er sehr roh und beschimpfte den Kriminalkommissar in geradezu haarsträubender Weise. Der Transport des todbenenden Mannes stieß auf einige Schwierigkeiten, schließlich mußte man ihn zu Pferd in das Gewahrsam der Behörde bringen.

Lissel macht vor Gericht nicht den Eindruck eines Hochstaplers. Aber auch nicht den eines Wahnsinnigen. Er benimmt sich wie ein nüchtern denkender, sehr unromantischer Bürger, der mit Fähigkeit als ein höchst seltsamer neuer Kohlhans um sein vermeintliches Recht kämpft. Das aber tut er ohne Klasse, sondern mit einer überlegenen und lächelnden Verbissenheit. Argumente der Logik sagt er dabei zur Seite, denn schließlich kann er nicht mit Tatsachen, sondern nur mit seinem Komplex operieren. Aber, so fragen wir, was wäre wohl aus dem Grünframbändler Lissel geworden, wenn der erste Brief des Lotterielotseurs kein schönes Märchen, sondern die Wahrheit gewesen wäre? Ein kleiner Zahlenhörerfischer am Telefon und aus einem reichen Mann wird ein Verbrecher, aus einem disziplinierten Bürger ein fragwürdiger Abenteurer.

Studentische Saufgelage im Haus der Volksbildung. Eine Leserin schreibt uns: Besucher der Kraniaveranstaltungen in Prag haben es oft peinlich empfunden, daß während eines Vortrages oder Konzertes lauter Gesang (?) und Klaviergeklapper hörte. Im Handwerkerverein haben viele studentische Verbindungen ihre Aneignung und da geht es oft mehr als lustig zu. Besonders aber wenn aus irgendeinem festlichen Anlaß die „Alten Herren“ einige Pfüffer Bier spenden. Da werden Saufgelage veranstaltet, die bis in die Nacht dauern, streng nach § 11 des Kommersbuches: es wird fortgeoffen! Die zuständigen Führer des Volkes geraten in einen Zustand, der klassisch als „kannibalisches Wohl“ bezeichnet wird und die Beurteilung der Gänge und Klosetts spottet jeder Beschreibung. Ein gutes Beispiel für die im Hort des Handwerkervereins wohnenden Verbrände und ein Zeichen für das mangelnde Verständnis gewisser Kreise für die Not unserer Zeit.

Klaumentod einer häßlichen Familie. In Hull (England) legte ein Brand ein Zuhause voll aus in Asche. Sechs Personen wurden als verkohlte Leichen geborgen. Darunter befindet sich eine ganze Familie, nämlich der Vater, die Mutter und drei Kinder. Vier weitere Personen erlitten daran schwere Brandverletzungen, daß sie in ein Hospital gebracht werden mußten.

Starke Erderschütterungen wurden Mittwoch um 3 Uhr früh in Lissabon verspürt. Das Beben rief unter der aus dem Schloße aufschredenden Bevölkerung großes Entsetzen hervor. Viele Häuser wurden in ihren Grundmauern erschüttert; größere Schäden sind jedoch nicht zu verzeichnen. Auch in mehreren Provinzstädten wurde das Beben verspürt.

Beim Passieren eines schrankenlosen Bahnüberganges bei Cairo wurde Dienstag abends ein Personenkraftwagen von einem Schnellzuge erfaßt und zertrümmert. Abt der zehn Passagier kamen dabei ums Leben, zwei sind schwer verletzt.

Vom Rundfunk zur Aufklärung.

Wie gestern hier mitgeteilt wurde, sollte der schon einmal verbotene Radiovortrag des Genossen Jaksch über Mitteleuropa am 20. d. M. in die Nachmittagsstunden verlegt werden, weil die Leitung des Radiojournals die übliche Freizeit der arbeitenden Bevölkerung für die Uebertragung eines Fußballwettspiels Rapid-Sparta beanspruchte. Genosse Jaksch, der während dieser Abwesenheit abwesend war, hat es jedoch abgelehnt, einen für Arbeiter bestimmten Vortrag zu einer Stunde zu halten, wo der größte Teil der Arbeiter nicht zu Hause ist. Der Vortrag ist also unterblieben, weil dem Radiojournal eine Fußballschlacht wichtiger schien als eines der aktuellsten Wirtschaftsprobleme.

Dies diene auch zur neuerlichen Kennzeichnung der Methoden des Prager Radiojournals, über die noch an anderer Stelle ein Wort gesprochen werden wird.

Empfehlungswertes aus den Programmen.

Prag: 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Nachmittagskonzert, 18.30 Deutsche Sendung: Dr. Krombholtschke über die Amateur-Kinematographie; Dr. Farnet: Milchfäulung, 21.00 Opernabend. — **Brno:** 11.00 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 17.40 Musik für die Jugend, 21.00 Opernabend. — **Nähr-Odra:** 15.00 Leichte Schallplatten, 16.00 Nachmittagskonzert. — **Preßburg:** 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Nachmittagskonzert. — **Berlin:** 19.20 Unterhaltungsmusik, 21.15 Orchesterkonzert. — **Rögnitzberg:** 18.30 Eine heitere Komödie, 8.30 Kochkonzert. — **Königshausen:** 19.30 Eine ärztliche Sprechstunde bei der Fürsorgeärztin, Schauspiel von Dr. Hermanns. — **Leipzig:** 19.00 Wohnkultur und Wohnungsreform. — **München:** 21.05 Aus dem Odeon: Odipus Rex, Oratorium von Stramitsch. — **Wien:** 20.50 Kammermusik, 22.00 Abendkonzert.

Flugverkehr Karlsbad — Prag. Das Verkehrsflugzeug startete am Karlsbader Flugplatz um 8.05 Uhr morgens, erreicht Marienbad bereits um 8.25 Uhr und fliegt ab Marienbad um 8.55 Uhr, erreicht Prag um 9.35 Uhr, so daß also der von Karlsbad am 8 Uhr abgehende Gast bereits wenige Minuten nach halb 10 Uhr in Prag eintrifft. Von Prag aus dann besterben Anschlüsse an die internationalen Routen. Gepäck bis 15 Kg. ist frei, über 15 Kg. ist für jedes Kilogramm ein Betrag von 3 K. zu entrichten. Fahrpreis Karlsbad — Prag 275 K.

Gold im Käse. Von Sunderland (Nordengland) aus fuhr das englische Dampfschiff „Reclaimer“ in See, um die Goldvorräte des im Jahre 1916 von einem deutschen U-Boot versenkten holländischen Dampfers „Lubantia“ zu heben. Die „Lubantia“ hatte an Bord 20 Millionen Mark in Gold, das in einer Ladung holländischen Käse verpackt war. Mit dem „Reclaimer“ fuhren 8 Taucher mit, die mit den modernsten Tauch- und Suchapparaten ausgestattet sind.

Regelung des Eisenbahndienstes am Pfingstmontag 1931.

Vom Eisenbahnministerium wurde gestern der Erlaß vom 19. Mai 1931, Zahl: 24.380 — B. 1-1931 herausgegeben, gemäß welchem die Staatsbahndirektionen die Regelung des Eisenbahndienstes am diesjährigen Pfingstmontag vorzunehmen haben. Der Erlaß, den wir nachstehend veröffentlichen, ermächtigt die Staatsbahndirektionen, im Sinne dieses Erlasses auch den Dienst in Zukunft am zweiten Weihnachtsfeiertage (sogenannten Stefaniestag) und Ostere Pfingstmontage zu regeln.

Der Erlaß lautet in der Uebersetzung: Allen Staatsbahndirektionen! Gemäß Geleß vom 3. April 1925, Zl. 65 Bld. 8. u. Bdg., über die Fester- und Gedenktage ab der 25. Mai 1931, d. i. der Pfingstmontag, ein gewöhnlicher Arbeitstag.

Insofern es das dienstliche Interesse und der ungestörte Dienstbetrieb zuläßt, gestattet das Eisenbahnministerium, daß den Staatsbahndienst am angeführten Tage frei in dem Ausmaß gegeben wird, wie sie dieses an Feiertagen ohne Einrechnung in die Zeit des regelmäßigen Erholungsurlaubes haben, insofern allerdings im Unternehmen keine besonderen Auslagen oder Ansprüche der Parteien entstehen. Es wird dabei notwendig sein, besonders im Güterverkehrs- und Reiseverkehrsgebiete, die notwendige Bereitschaft zu belassen.

Ausschlägerarbeiter haben für den angeführten freien Tag keinen Lohnanspruch. Jene Bediensteten, welche an diesem Tage arbeiten werden, haben keinen Anspruch darauf, daß ihnen die normale Tagesarbeitsleistung als Ueberzeitarbeit honoriert wird.

Das Eisenbahnministerium ermächtigt gleichzeitig die Staatsbahndirektionen, daß sie bis zu einer anderen Regelung immer am Oster- und Pfingstmontag sowie auch am sogenannten Weihnachtsmittelfeiertage (26. Dezember) für den Dienst anläge Verfügungen treffen, wie diese gelegentlich des Pfingstmontags am 25. Mai d. J. auf Grund dieses Erlasses des Eisenbahnministeriums getroffen werden.

Für den Eisenbahnminister: Kuc m. p.

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Erlaß im Fachblatt des „Verbandes der Eisenbahner“ aus technischen Gründen nicht mehr erscheinen kann, bringen wir den Erlaß des Eisenbahners auf diesem Wege zur Kenntnis.

Um die finanzielle Selbständigkeit der Selbstverwaltung.

Auf der Gemeindevertreterkonferenz in Nabr. Schönberg wurde folgende Resolution beschloffen:

Bei der parlamentarischen Beratung der Novelle zum Gemeindefinanzgesetz hat die sozialdemokratische Partei klar ausgesprochen, daß diese Novelle keineswegs unsere grundsätzlichen Forderungen erfüllt, sondern nur einen Teil, der durch das Gesetz vom Jahre 1927 verursachten Schäden gut macht; daß sie daher wohl eine gewisse Erleichterung der finanziellen Lage der Gemeinden, nicht aber eine volle Ordnung ihrer Finanzwirtschaft herbeiführen kann.

Die praktischen Erfahrungen haben diesen Urteil bestätigt. Hierbei muß festgestellt werden, daß die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die eingetretenen Rückgänge der Einnahmen an Gemeindezuschlägen, Abgaben und Gebühren und nicht zuletzt die den rascheren und Gang der Verwaltung hemmende Bürokratie der Aufsichtsbehörden die volle Auswirkung der Novelle verhindert haben und die Finanzlage der Gemeinden noch weiter verschlechtert haben. Wenn es trotzdem möglich war, daß die Selbstverwaltungskörper in der schweren Wirtschaftskrise ihre Bedienung überhaupt aufrecht erhalten und zur Milderung des Notstandes der Arbeits-

losen wenigstens einigermaßen beitragen konnten, so ist das nur den Bemühungen der Sozialdemokratie um die Novellierung des Gemeindefinanzgesetzes zu danken.

Allerdings konnten die Verbesserungen der Novelle in vielen Fällen nicht ausgenützt werden, weil die bürgerlichen Parteien, mit den Nationalsozialisten vereint und von den Kommunisten unterstützt, sich geweigert haben, von ihnen Gebrauch zu machen. Da die Novelle den Gemeindevertreterungen das Bestimmungsrecht über den Voranschlag, aber auch die Verantwortlichkeit für ihn zurückgegeben hat, legen die reaktionären Parteien, die sich nun nicht mehr hinter der Landesbürokratie verstecken können, ihre antisoziale Gesinnung klar an den Tag.

Es ist Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindepolitik, alle Anstrengungen zu machen, um die sozialen Aufgaben des Gemeinwesens zur Erfüllung zu bringen; zugleich aber den arbeiter- und volksfeindlichen Klassencharakter der bürgerlichen Politik in den Gemeinden aufzuzeigen.

Darüber hinaus spricht die Konferenz die Überzeugung aus, daß der Kampf um die endgültige Regelung der autonomen Finanzwirtschaft fortgesetzt werden muß, wobei die bisherigen Beschlüsse, namentlich die Brüner Resolution, nach wie vor als Richtlinien zu dienen haben.

Die fremden Mittel betragen zum Jahresende K 638.202.000.—, wovon auf Einlagebücher und Kassenscheine K 250.132.000.—, auf Einlagen in laufender Rechnung K 388.070.000 entfallen. Die liquiden Mittel betragen K 221.805.000.— (d. i. 34,75 Prozent der frem-

den Mittel, gegen 30,32 Prozent im Vorjahre), wovon auf Kassabuchungen K 21.613.000.— auf sofort fällige Guthaben bei inländischen Geldinstituten K 41.915.000.—, Devisen und Wechsel K 59.020.000.—, auf Wertpapiere K 99.257.000.— entfallen.

Verlust- und Gewinn-Rechnung:

Erträge:	K 1929	K 1930
Gewinnvortrag aus dem Jahre 1929		203.319,95
Zinsen:		
a) von Wertpapieren	5.741.402,15	
b) von Wechseln	3.749.647,50	
c) von Forderungen	34.130.748,35	45.630.796,—
Provisionen:		6.278.738,10
verschiedene Gewinne:		
a) aus Wertpapieren, Saluten und Devisen	3.311.849,40	
b) aus Beteiligungen	109.339,80	
c) andere Gewinne	968.909,10	1.500.118,50
Zusammen:		54.702.972,35
Verluste:		
Zinsen:		
a) von Einlagen	31.117.935,40	
b) sonstige	862.604,40	31.980.539,80
Rosten:		
a) sonst. Verwaltungsauslagen	1.308.948,65	
b) Personalverwaltungsauslagen	14.099.111,75	16.008.060,40
Steuern und Gebühren:		
a) Erwerbsteuer (sam. Zuschläge)	182.795,60	
b) sonstige Steuern und Gebühren	211.892,30	
c) Beitrag zum staatlichen Spezialfonds	150.000	544.657,90
Abreibungen:		
a) an Immobilien	187.914,85	
b) am Inventar	450.526,45	608.441,30
verschiedene Verluste		1.967.383,20
Reingewinn:		
a) Vortrag aus d. J. 1929		203.319,95
b) des Jahres 1930		3.400.569,80
Zusammen:		3.603.889,75
		54.702.972,35

In der Verlust- und Gewinnrechnung weisen sowohl die Aktiv- wie die Passiv-Seite Ermäßigungen aus, wobei jedoch durch die Verbilligung des Einlagenzinsfußes die Erträge aus dem Kontokorrentgeschäft eine kleine Verbesserung aufzuweisen haben. Die Erträge aus Provisionen, Wertpapieren, Devisen und Saluten sind mit Rücksicht auf die im abgelaufenen Jahre ungünstige Börsenlage sowie auch mit Rücksicht auf die ungünstige Wirtschaftslage, zurückgegangen. Die sachlichen Verwaltungsauslagen haben sich ermäßigt, während sich die Personalverwaltungskosten etwas erhöht haben. Der Aufwand für Steuern und Ge-

bühren hat sich gegenüber dem Vorjahre vermindert, nachdem für besondere Erwerbsteuer infolge der aus erledigten Steuererfahrungen verbliebenen Guthabungen geringere Zahlungen notwendig waren. Die Abreibungen von Immobilien und Inventar per K 608.441,— bewegen sich auf annähernd gleicher Höhe wie im Vorjahre, für besondere Abreibungen wurden 1.267.383 K gegen K 1.331.384,— im Vorjahre reserviert. Die offenen Reserven werden sich nach Durchführung der beantragten Zuweisungen aus dem Reingewinne auf K 15.776.225,—, d. i. 26,293 Prozent des Aktienkapitals erhöhen.

Deutsche Agrar- und Industriebank.

Reingewinn K 3.603.889.— (im Vorjahre K 3.814.021.—)
Reservierungen K 1.680.194.— (im Vorjahre K 1.190.701.—)
Dividende K 12.— (im Vorjahre K 16.—)

In der am 20. d. M. abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates wurde der Rechnungsabschluss für das Jahr 1930, welcher einen Bruttogewinn von K 22.792.432.— (im Vorjahre K 22.487.683.—) und nach Abzug der Personal- und Sachkosten, der Steuern und Abschreibungen, einen Reingewinn von 3.603.889 K ergibt, genehmigt und beschloffen, der für den 10. Juni einberufenden Generalversamm-

lung vorzuschlagen, aus dem Reingewinn den statutarischen Reserven K 180.194.— (im Vorjahre K 190.701.—), der Spezialreserve für Verluste aus dem Kreditgeschäft K 1.500.000 (im Vorjahre K 1.000.000.—), zuzuwenden, an Dividende K 1.800.000.— (im Vorjahre K 2.400.000.—), d. i. K 12.— pro Aktie, aus-zuzahlen und den verbleibenden Rest von K 123.695.— auf neue Rechnung vorzutragen.

Rechnungsabschluss:

Aktiva:	K 1929	K 1930
Einlage:		
a) in tschech. Währung		
Einlage:	20.538.848,10	
b) in fremden Währungen	1.073.993,05	21.612.841,15
sofort fällige Forderungen bei tschech. Geldinstituten:		
a) bei der tschl. Nationalbank, beim tschl. Postsparkasse und bei tschl. Staats- oder Landesgeldinstituten	35.751.997,75	
b) bei zur Ausgabe von Einlagebüchern berechtigten tschl. Geldinstituten	6.163.645,10	41.915.342,85
Devisen, Auszahlungen und Schecks in fremder Währung	2.988.047,10	
Wechsel und kaufmännische Anweisungen	36.031.751,85	
Effekten:		
a) inländische:		
1. bei der tschl. Nationalbank beleihbare	84.482.212,50	
2. andere an tschl. Börsen not.	1.242.285,—	
3. sonstige	2.468.026,50	
b) ausländische:		
1. staatliche Werte	330.128,05	
2. sonstige	10.149.242,65	
c) fällige Kupons und verbriefte Werte	685.031,70	30.256.926,40
Beteiligungen		7.791.487,70
Debitoren:		
Immobilien und Inventar:		476.363.487,60
a) Immobilien zu eigenen Zwecken	8.117.279,15	
b) andere Immobilien	3.799.827,20	
c) Inventar	3.682.066,75	15.549.203,10
Transitorische Aktiva:		
a) Ueberzahlungen an Steuern, Dienstbezügen u. m.	1.883.539,65	
b) anderer Art	3.648.291,65	5.532.151,30
Durchlaufende Posten	78.890.139,60	
Passiva:		727.041.189,05
Eingezahltes Aktienkapital		60.000.000,—
Reserven (ohne Zuweisung aus dem Gewinne d. J. 1930):		
a) obligatorische:		
Reservefonds I (§ 47 der Statuten)	7.096.030,10	
b) freiwillige:		
1. Reservefonds II	1.500.000,—	
2. Spezialreserve für Kursverluste	300.000,—	
3. Spezialreserve für Verluste aus dem Kreditgeschäft (im Ab. Rechnung)	3.000.000,—	14.096.030,10
Fonds:		
Pensionsfonds zu Gehältern der Beamten		1.732.378,50
Einlagen:		
a) gegen Einlagebücher	248.839.007,05	
b) gegen Kassenscheine	3.293.000,—	250.132.007,05
Kreditoren:		
a) Geldinstitute	159.062.817,40	
b) sonst. id. Rechnungen	229.006.942,45	388.069.759,85
Rück: eingelöste Kupons von Aktien eig. Em.		11.488,—
Transitorische Passiva:		
a) Rückstände an Steuern, Dienstbezügen u. m.	2.884.350,80	
b) sonstige	6.491.085,—	9.375.435,80
Durchlaufende Posten (Garantiegegenkonto u. dgl.)	78.890.139,60	
Reingewinn:		
a) Vortrag aus d. J. 1929		203.319,95
b) des Jahres 1930		3.400.569,80
Zusammen:		727.041.189,05

Der verräterische Dolch.

Die Geschichte einer seltsamen Mordauflärung.

Mülhausen (Els.). Mitte Mai (E. S.). Der Zufall ist der beste Detektiv. Er bringt Verbrechen an den Tag, an denen auch die klügste menschliche Organisation oft verzweifeln muß. Krangenköpfe entlarven Räuber, und das Versehen eines Briefträgers tut manchmal mehr für die Ermittlung der Wahrheit, als die Arbeit von tausend klugen Kriminalisten. Jeder Polizeibeamte weiß das und legt zu fünfzig Prozent darin seine Hoffnung.

Eine Geschichte aus diesen Tagen: Ein Mord wurde begangen, im elsässischen Mülhausen; der Täter lag einen Dolch am Schauplatz liegen — schon 24 Stunden später war der Besitzer der Waffe auf verhängenen Boden ermittelt.

Ali Lunag und die sieben Kinder.

Im Elsass haben sich nach dem Kriege zahlreiche Araber, richtiger gesagt: Algerier, angesiedelt. Teilweise als Arbeiter, teilweise aber auch als Händler. Als Teppichhändler besonders, wie man sie täglich auf allen Boulevards von Paris zu sehen bekommt. Malerische Gestalten, das Geiz auf dem Kopf, die buntenfarbigen Teppiche über der Schulter, so gehen sie von Kaffeehaus zu Kaffeehaus und bieten den Gästen ihre Ware an, lassen mit sich handeln und sind auch nicht böse, wenn man ihnen nur die Hälfte des verlangten Preises zahlt. Im Parallelogramm Merkurs trägt man sich schlicht, aber die Händler kommen immer noch auf ihre Kosten. Ein solcher Mann war Ali Lunag, der in Mülhausen sein Gewerbe trieb. Es muß einträglich gewesen sein, denn der Händler lebte nicht schlecht, ernährte Frau und sieben Kinder, oft trug er größere Summen bei sich.

Das Ende des Algeriers.

Eines Abends gegen neun Uhr überquerten einige Passanten eine dunkle Gasse am Mordplatz in Mülhausen, stolperten über einen Gegenstand am Boden und machten zu ihrem Entsetzen die Entdeckung, daß ein Toter zu ihren Füßen lag. Die Polizei wurde alarmiert und ermittelte, daß der Mann — es war der Algerier Lunag — ermordet worden war. Der Tod war durch einen Stich mit einem Dolche eingetreten, der die Herzschlagader durchschnitten hatte. Die Waffe fand man am Boden. Es war ein langer schmaler Dolch, wie ihn nur die Eingeborenen tragen. Der Verdacht lenkte sich sofort auf einen Landsmann des Ermordeten. Er wurde verhaftet. Auch der eigene Sohn wurde verdächtig befunden und festgenommen. Die Jüge nach Straßburg und nach Paris wurden beobachtet, alle reifenden Algerier in dieser Nacht angehalten und nach ihrem Aufenthaltsort befragt.

Das Schicksal des Eisenbahners.

Aber die Polizei war auf der falschen Spur. Die Mülhausener Konjunktürrichter präsentierte eine Photographie des Täters, mit dem der Mord-

verübt war. Diese Karte las auch ein Eisenbahner. Ihm fiel ein, daß er vor einiger Zeit eine ähnliche Waffe bei einem Althändler der Stadt gesehen hatte. Der Eisenbahner teilte seine Vermutung telephonisch der Kriminalpolizei mit. Kurze Zeit darauf trafen einige Beamte in den Laden des Althändlers. Der Mann war sehr erschrocken und erinnerte sich bald an das, was man von ihm wissen wollte. Ja, einen Dolch in der erwähnten Art hatte er vor einiger Zeit verkauft, an einen Elsfässer namens Woehrlin, dessen Adresse ihm jedoch unbekannt sei.

Sich selbst gerichtet!

Woehrlin war der Polizei nur zu bekannt. Mehrfach verurteilt, Trinker, süßhe er ein Leben ohne Regelmäßigkeit, arbeitete nicht — aber einen Mord hätte man ihm niemals zugerechnet. Schon gegen Abend wurde Woehrlin in einer Wirtschaft verhaftet. Er leistete der Aufforderung, mitzukommen, folgte, rief aber in einem Augenblick, als die Kriminalbeamten nicht darauf achteten, ein Messer aus der Tasche und durchschnitt sich damit blühnhaft die Kehle. Eine Stunde später war der Verhaftete tot, nachdem er vorher ein Geständnis abgelegt hatte. Er hatte den Algerier in einer Wirtschaft kennen gelernt, gesehen, daß er viel Geld bei sich trug, und ihn dann auf dem Mordplatz heimlich erstochen. Das Ableben des Mörders erregte weitere Komplikationen, die unschuldig Verhafteten wurden wieder entlassen.

Vorsicht bei Indizien!

Was wäre aber eingetreten, wenn der Eisenbahner nicht zufällig an diesem Morgen das Bild der Mordwaffe in der Zeitung gesehen hätte? Viele Indizien weisen darauf hin, daß ein Algerier der Täter war. Auf dem Sohn des Ermordeten ruhte der stärkste Verdacht, weil er einen Streit mit seinem Vater gehabt hatte. Aber das Leben ist gelegentlich auch einmal anders, als es die Reizfäden der Kriminalisten schildern. Gut, daß der Zufall vielfach ein Einsehen hat und rechtzeitig als kriminalistische Nothilfe einpringt.

Der Vertrauensmann

Tribüne

Monatsschrift für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur.

Die „Tribüne“ unterrichtet den sozialistischen Vertrauensmann über die aktuellen Probleme des internationalen Sozialismus, der Ökonomie und der Kulturpolitik. Jahressubskription 4 K., vierteljährlich 1 K., Einzelhefte 4 K. Bestellungen durch den Vertrauensmann, die Schriftleitungsstelle, Verlagsbuchhandlung oder direkt durch die Verwalterin Frau H. Nollmann, 14

Arbeiter. kümmert sich um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreunde Bewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Gerichtssaal

Apotheker und Krankentasse

Eine Betrugsanfrage größten Formates.

Prag, 30. Mai. Vor dem Senat des OGH... apotheker begann heute der Prozeß gegen den Prager Apotheker Josef Holzrecht, dessen Affäre seinerzeit außerordentliches Aufsehen erregt hat.

So hat er, nach den Ausführungen der Anklage, von anderen Apothekern Rechnungen, welche auf Mitglieder der genannten Krankentasse lauteten, zusammengekauft.

Ferner hat er, dabeilichen Krankentasse eine Rechnung präsentiert, die ihm angeblich von dem Radoliner Apotheker abgegeben worden war und auf 17.415 K lautete.

Welcher wurden 1929 fünf Rechnungen präsentiert, die er angeblich von der Firma „Farmachema“ erworben hatte und insgesamt auf 78.205 Kronen lauteten.

Auch die vorhandenen Billets sollen mehrfach verwendet und ein und dieselbe Post wiederholt verrechnet worden sein.

Insgeheim nun von den voreingehaltenen Einzelbillets soll Holzrecht ganz systematisch und willkürlich bei den Preisen der eigenen Rechnungen den Zehner weit überschritten haben.

Der Angeklagte, ein äußerst intelligenter Mensch, erklärt sich nicht schuldig. Es sei zwar richtig, daß er Zahlen geändert, andere Summen eingesetzt und selbst Rezepte nachgemacht habe.

Inzwischen eine etwas seltsame Gebarung. Von Seiten der als Zeugen geführten Funktionäre wird behauptet, daß man ihm blind vertraute und nicht kontrollierte.

„... alias Hampacher.“

Prag, 19. Mai. Wer es nicht wissen sollte, nehme zur Kenntnis: Hampacher ist ein Boyer, also in jener Geschäftsbranche tätig, die man „bürgerlichen Sport“ nennt.

Herr Ferdinand Stiz machte die Bekanntschaft einer jungen Dame, der er dann im Vertrauen verriet, daß er der berühmte Hampacher sei, der Stolz und die Herde des Vaterlandes und der patriotischen Impressionen.

Die Verhandlung gegen den Pseudo-Nationalhelden Hampacher wurde zur Vernehmung weiterer Zeugen vertagt.

Kunst und Wissen

Ende der Ära Boliner mit Schluß der Spielzeit 1931/32.

Der Theaterdirektionsauschuß übermittelte und löschendes Kommandat.

Direktor Robert Boliner, dessen Vertrag am 1. September 1932 abläuft, hat dem Deutschen Theaterverein mitgeteilt, daß er eine Verlängerung seines Vertrages im Hinblick auf eine anderweitige in Aussicht genommene Betätigung über diesen Zeitpunkt hinaus nicht anstrebt.

Viertes Maifestspielabend.

Wiener Staatsopernballett.

Die Wiener Kunst hat bisher bei den Maifestspielen schlecht abgeschnitten. Nach der „Fledermaus“ in Opernbelegung, die den Auftakt der Maifestspiele bildete und — eine Enttäuschung, war der vorgelegte Ballettabend eine schwere Enttäuschung.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7.30 Uhr: „Ein Maskenball“ (180-4).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 7.30 Uhr: „Vorurteilsung“.

Sport * Spiel * Körperpflege

Kommunistischer Sport-Salat.

Es ist zum Ergötzen, wie grundverschieden die Stätter des kommunistischen Sportverbandes in Deutschland an einem gleichen Tag sind bei der Beurteilung der Lage ihres Sportverbandes widersprechen.

„Eine Position noch bei anderen geminnt die revolutionäre Opposition im Arbeiterkampf. Die sozialistische Sportbürokratie ist in die Tasche getrieben, sieht in der Defensive.“

Im „Roten Sachsenpost“ vom gleichen Tage ist im Beisatzel „Aktuelle Aufgaben“ zu lesen: „Die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie und sozialistischen Führerschaft auf die wertvollen Kräfte erfordern eine enge Zusammenarbeit und feste Geschlossenheit der revolutionären Massenorganisationen.“

Der mitteldeutsche Organisationsrat des kommunistischen Sportverbandes hielt am 12. April eine Landeskonferenz ab, über die der „Mitteldeutsche Arbeiterpost“ vom 20. April berichtet.

„Ueberrall spiegelt sich der völlig ungenügende Kurs auf die Gewinnung neuer Bundesvereine für die Kampfgenossenschaft wider. Die Ursachen für diese Mängel und die in der Zeit von der

erhalten bis zu dieser zweiten Landeskonferenz beengten Fäden liegen in einem Verfall der engeren Politik, das vor allem in der ungenügenden kollektiven Zusammenarbeit mit den Sportleitern, organisatorischer Nachlässigkeit und auch in der Unterabwürdigung der großen massenpolitischen Möglichkeiten zum Ausdruck kommt.

Das waren die Schlußfolgerungen, die sich aus dem Bericht der Landeskonferenz ergaben.“

Zur weiteren Erhellung noch eine in denselben Streifen passende wahrheitsgetreue Wiedergabe einer Tagesberichterstattung aus dem amtlichen russischen Sportblatt „Physkultur und Sport“, Moskau, Nr. 42:

In den anderen Bezirken ist es auch nicht besser. Die Tatsache, daß in Wladiwostok der Bezirksvorsitzende der Sommerphyskultur während zweier Monate nicht wußte, daß er der Vorsitzende des Bezirks-Komitees der Physkultur ist, und es erst erfuhr, als er auf die Sportler aufmerksam wurde, die alle zu ihm kamen und immer inständiger und energischer irgend etwas von ihm verlangten und erstrebten — klingt wie eine Anekdote.“

Selbstverständlich steigt der kommunistische Sport auf der ganzen Linie höchst verunglückt wieder.

4000 Sportturner geprüft! Die von den Bezirken des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Deutschland im April als Bundesaufgabe durchgeführten Sportturnerprüfungen waren ein großartiger Erfolg. In über 150 Bezirken fanden die Prüfungen von Sportturnern für das Männer-, Frauen- und Kinderturnen statt. 4000 Sportturner beherrschten die Prüfungen.

Ungarnen Vorkämpfer in Tätigkeit. Die Leichtathleten der ungarischen Arbeiter-Sportvereine, besonders die von Budapest, haben schon mehrmals durch ihre guten Leistungen die Aufmerksamkeit der Sportöffentlichkeit auf sich gelenkt. Am 22. und 24. Mai traten sie in Budapest ihre Wettkämpfe an, um die Stellen für das 2. Arbeiter-Olympia in Wien zu ermitteln.

Bürgerlicher Sport.

Kapd. Wien gegen Sparta Prag 2:4 (2:3). In dem am Mittwoch in Prag ausgetragenen Fußballspiel blieben die Prager infolge besserer Schußverrichtungen verdienter Sieger.

Aus der Partei

Rote Haken, Prag. Unsere Pfingstfahrt nach Litzersbach können wir nicht durchführen. Wir fahren dafür zweieinhalb Tage in die Gegend von Raasdorf. Treffpunkt Samstag 14 Uhr am Willensbühl. Unkosten ungefähr 20 K.

Bereinsnachrichten.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag. Voranzeige!

Am Sonntag, den 31. Mai, findet in Bohnitz ein Turnfest des dortigen tschechischen Arbeitervereines statt, an welchem sich auch unser Verein aktiv beteiligen.

Wir erlauben uns diesem Anlaß alle unsere Mitglieder sowie auch die der übrigen proletarischen Organisationen — welche besonders eingeladen sind — sich dieses Tag freizubehalten und durch aktive Teilnahme das Fest verschönern zu helfen. Nähere Mitteilungen werden noch folgen.

Ortsgruppe Prag. Der für heute anberaumte Vortrag „Wimder II.“ — „Wo macht man mit einem billigen Apparat gute Bilder?“ findet nicht statt, sondern wird in der nächsten Woche abgehalten werden.

Der Film

Ischewitscher Liebestisch. Die schwarze „Liane“ heißt ein Tonfilm, der den sehr guten und ziemlich schön gearbeiteten Film „Kathols“ von Samstag auf Sonntag im Programm der Premierentournee abgelöst hat. Mit der einfachen Feststellung, daß die Produktion des Herrn Spelwa hier — so wie in den „Leiden der grauen Schwärze“ — wieder einmal eine hoffnungslos sentimentale Geschichte fabriziert hat, wäre der Sache des Films nur schlecht gedient.

VERLANGET UEBERALL



äußerst schmackhaft dann; entgegentritt, daß sie durch rhythmische Gebungen des geschliffenen Kopfes die Kräfte angenehmer Schenkel zieht, aber sich um ihm einen Reizen um das verführerische Sein legen läßt, das sie ihm dabei guttun vor dem Schnurrbart steht. Vom Tonfilm weiß Kr... der Reizeur, nur so viel, daß manchmal auch etwas hören muß, und so hören wir ganz plötzlich Bekannten, wie es vor Jahren die ersten Tonfilme zeigte, mit jener Tendenz, die auf dem Sprechen eine anatomische Unterlebung macht.

Literatur

„Felix Großmunda russische Abenteuer.“ Roman von Dominik Müller. Berlin: Gerd Schenck u. Co., Leipzig-Berlin. Der Autor legt einen Deutsch-Schweizer an seinem Lebensabend von seinen böhmischen und böhmisches Eindrücken im zaristischen Rußland erzählen, in das dieser durch Heirat gerät. Es beginnt in einer Schweizer Stadt, die der Dichter Kramschitz nennt, einer Stadt abgelebter Reicher, erfüllt von Kasien und Speisegericht, deren Bewohner es fertiggebracht hatten, Kommunismus mit christlicher Humanität zu vereinen, eine Stadt der Krümer und Pfefferkörner. Hier erlebt Felix Großmunda, das ewig untreue Kleinbürgerkindchen, eingekerkert in eine Schulstube keine Jugend und als er in eine Welt verführerischer geht, lernt diese verführerische, ganz Seele die Kolonie ausländischer Studenten und Studentinnen kennen, meist Sozialisten, Anarchisten und Nihilisten, darunter auch die russische Studentin Zouja Kozangina, die kein Schicksal wird. Hier auch wird er von dem befallen, was er die große Liebe nennt, in keine verführerische, verführerische Seele fällt ein Schimmer leuchtender, verführerischer Romantik und als Zouja in ihr ruht, beginnt zurückzukehren, folgt er ihr auf das kleine, neue, böhmisches Gut, heiratet sie und wird zum selber Gutsbesitzer. Zouja ist schon glücklich in das Leben auf dem weitestliegenden russischen Landgut, doch mit der Zeit kommt in dem unabweislichen Felix Großmunda die Sehnsucht nach der Welt, nach Leben und Abenteuer. Diese Wut treibt ihn aus der Jugend und aus dem engen Familienkreis hinaus nach Moskau, dann nach Wladiwostok und schließlich nach Berlin, auf welchen Wanderungen er das Leben der damaligen Zeit allerdings gründlich kennen lernt und auch Gelegenheit bekommt, über russisches Leben zu medizieren. Galtlos schwankt er zwischen seiner Liebe zu Zouja und einem Drang nach Erleben und als die über alle Maßen geduldige Zouja sich von ihm löst, trifft er schließlich zusammen und ist schuldlos glücklich. Felix sucht er die von allem Anfang an lose Ehe neu zu festigen und aus tiefer Verzweiflung heraus läßt er seinem „russischen Abenteuer“ sein „spanisches Abenteuer“ folgen, dessen Schilderung sich der Autor wohl für ein späteres Werk vorbehält. Später einmal, es ist nach der bolschewistischen Revolution, wird noch einmal die Erinnerung lebendig, die Gespenster und Träume der Vergangenheit tauchen auf, Zouja, die abgewandene Zouja, begehrt ihren gewachsenen Gatten und berichtet ihm über den Untergang ihre einzelnen Kommunistenlieder im wilden Chaos der Revolution. Gut und spannend erzählt, ganz der Roman eine große Vertrautheit mit den russischen Verhältnisse und ihren Menschen.

Berater: Walter Lenz. Herausgeber: Wilhelm Reichner. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: „Kolo“ G. M. H. Neumann und Buchdruckerei für den Druck verantwortlich: Otto Volk. Die Druckereiveranstaltung wurde von der Volk u. Arbeiterbewegung mit Geld Nr. 15.900/VII/1930 bewilligt.